

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

99 (29.4.1914) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 P. Sozialinsetate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 10 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Frankreich.

Der gewaltigen nationalistischen Hege zum Trotz haben die Wahlen in Frankreich am Sonntag einen großen Sieg der Sozialisten gebracht. Der Stimmenzuwachs beträgt etwa eine halbe Million, gegenüber der Wahl von 1910. Im ersten Wahlgang wurden 34 Sitze gewonnen, darunter 4 neu eroberte. 1910 erhielten wir im ersten Wahlgang nur 26 Sitze. Verloren wurde ein Mandat. Im Seine-Departement entfielen 34 Prozent der Stimmen auf die Sozialisten. Jaurès wurde zum ersten Male im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit gewählt. Gewählt wurde auch Sembat, Rouanet, der 21 Gegenkandidaten hatte, erlitt geringen Stimmenverlust und steht in Stichwahl. Longuet, der Enkel Marx, und Cachin, stehen in absolut sicherer Stichwahl. Für den zweiten Wahlgang haben eine ganze Anzahl sozialistischer Kandidaten günstige Aussichten. Die Ministerabgeordneten sind alle wiedergewählt. Briand hat 3000 Stimmen verloren, Millerand siegte mit Mühe über den Sozialisten, Barthou hat seine alte Mehrheit behauptet.

Bis morgens 2 Uhr standen Tausende von Menschen vor der „Humanité“; die sozialistischen Siege wurden mit feierlichen Kundgebungen begrüßt. Bei der Verkündigung der Wahl von Jaurès und Guédebe stimmten die Massen die Internationale an. Der Sieg des früheren Finanzministers Caillaux wurde ebenfalls begeistert aufgenommen.

Der vorläufige Gesamteindruck ist: Großes Wachstum der Sozialisten, Niederlage der geeinigten Radikalen und Erstarken der rückschrittlichen Gruppen unter Briands Führung. Aber keinesfalls ist der von den Nationalisten erhoffte Sieg erfodeten worden. Die bemerkenswerteste Erscheinung und zugleich die beste Antwort auf die Hege der Freunde der dreijährigen Dienstzeit ist das Anwachsen der sozialistischen Stimmen.

Deutschland u. die französischen Wahlen.

(Von F. Stampfer-Berlin.)

Über die endgiltige Gestaltung der französischen Kammer und über die Lösungsaussichten der verschiedenen Probleme der inneren französischen Politik wird erst der zweite Wahlgang am 10. Mai die Entscheidung bringen. Die Frage aber, die uns deutsche Sozialdemokraten ganz besonders interessiert, die Frage des künftigen Verhältnisses der Republik zum deutschen Reich, hat schon durch die Wahlbewegung selbst und durch den ersten Wahlgang ihre Beantwortung gefunden. Man kann jetzt schon mit hoher Befriedigung feststellen, daß zwar noch keine entscheidende Wendung, aber doch ein bedeutender Fortschritt zum Besseren eingetreten ist.

Vor allem: die mutige Vorkämpferin der deutsch-französischen Verständigung, unsere französische Bruderpartei, hat einen außerordentlich starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Dieser Zuwachs, so erfreulich er im Interesse der internationalen Sozialdemokratie an sich schon ist, gewinnt an Bedeutung durch den Umstand, daß unsere französischen Kameraden diesmal die Fragen der auswärtigen Politik in den Vordergrund zu stellen genötigt waren. Sie haben sich überall mit grundsätzlicher Entscheidung für die Verständigung erklärt, obgleich sie denselben gewärtig sein mußten, dafür von den Chauvinisten als Agenten des Auslandes und als „Prussiers“ verleumdet zu werden. Diese chauvinistischen Verleumdungen haben auf die Wähler keinen Eindruck gemacht. Hunderttausende, die früher bürgerlich wählten, strömten der Partei zu, die das Dreijahresgesetz bekämpft und die die Verständigung mit Deutschland zum Angelpunkt ihrer auswärtigen Politik macht. Jaurès, der feurige Apostel dieses großen Gedankens, und der mit dem Geist des deutschen Marxismus durchtränkte Baillant, haben 1800 und 1000 Stimmen mehr erhalten als bei der vorigen Wahl, ähnliche Stimmenzunahmen werden aus den verschiedensten Gegenden des Landes gemeldet. Die französische Sozialdemokratie marschiert — an dieser Tatsache allein schon scheitern die läugerischen Modenschichten unserer Weltanschauer, die die Dinge so darstellen, als ob das ganze französische Volk von heißem Revanchedurst gegen Deutschland erfüllt wäre.

Auch in jenen Schichten, die der sozialdemokratischen Propaganda noch nicht ausgiebig sind, läßt sich keinerlei

Zunahme chauvinistischer Stimmungen feststellen. Die Nationalisten haben keine irgendwie bemerkenswerten Fortschritte erzielt, sie werden nach wie vor ein kleines Häuflein von Schreibern auf der äußersten Rechten bilden. Wie sich zwischen den beiden großen Gruppen, die man am besten nach den Namen ihrer Vornamen Caillaux und Barthou bezeichnet, das Kräfteverhältnis gestalten wird, ist noch ziemlich unklar: hier spielen aber innerpolitische Fragen eine größere Rolle als die Frage des Verhältnisses zu Deutschland. Als chauvinistisch und revanchelustig wird man auch die Gruppe Barthou-Briand ehrlicherweise nicht bezeichnen können, wiewohl sie durch ihre taktische Verbindung mit den Nationalisten für überpatriotische Erregungen einen besseren Nährboden abgibt als die von Caillaux geführte Partei der geeinigten Radikalen. Diese hat wie erinnerlich, durch eine Reihe hervorragender Vertreter an der Berner Verständigungskonferenz teilgenommen und ihr Parteitag zu Paris hat noch wenige Wochen vor der Wahl die Berner Bestrebungen begrüßt und gutgeheißen. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten scheint es, als ob sich die geeinigte radikale Partei geteilt hätte, wo ihr Verluste drohen, sind zumeist Sozialdemokraten die Gewinner. Was für die Sache der Verständigung nicht Schaden, sondern Vorteil ist.

Die deutsche Nationalistenpresse bemüht sich, das französische Wahlergebnis in chauvinistischem Sinne umzufälschen, indem sie die Kandidaten zu Anhängern und Gegnern der dreijährigen Dienstzeit gruppiert und nun die Anhänger ungeheure Siege erringen läßt. So meldet z. B. der Berliner „Volkswagen“ den Wahlsieg von „168 überzeugten Militaristen“. „Militarist“ ist aber ein ziemlich schwankender politischer Begriff, in Deutschland würde man wahrscheinlich im Gegensatz zu Frankreich alle bürgerlichen Kandidaten als Militaristen bezeichnen müssen. Über auch die Anhänger und Gegner der dreijährigen Dienstzeit innerhalb der bürgerlichen Parteien lassen sich nicht so ohne weiteres säuberlich voneinander scheiden. Auch die meisten Radikalen rechnen mit dem Dreijahresgesetz als einer vollendeten und leidet bis auf weiteres unabhängigen Tatsache. Damit geben sie sich gegenüber der sozialdemokratischen Kritik eine weite Blöße, aber zu den chauvinistischen Eifereressern wird man sie deshalb noch lange nicht wecken dürfen.

Alle Berichte stimmen schließlich darin überein, daß die Feindschaft gegen Deutschland oder die Angst vor Deutschland in der Wahlbewegung keine Rolle gespielt haben. Die französischen Wahlen von 1914 lassen sich in keiner Weise mit den schwedischen desselben Jahres vergleichen, die im Zeichen des Sozialschrecks standen, oder mit den deutschen Angstwahlen von 1889. Von keiner großen Partei, von keinem bedeutenden Politiker sind im Laufe der Wahlbewegung gehässige Äußerungen gegen Deutschland bekannt geworden, und die Berliner „Post“ kam nicht in die Lage, auch nur über die kleinste „deutsch-feindliche Demonstration“ berichten zu können. Ja, die französischen Nationalisten hätten vollkommen auf dem Trocknen gesehen, wenn ihnen nicht gewisse Äußerungen des deutschen Kronprinzen und seiner speziellen Verehrer einiges Wasser auf ihre Mühlen geliefert hätten. Man hilft sich gegenseitig aus, aber viel war es, offen gestanden nicht!

In Frankreich ist eine Wahl mehr als bei uns eine allgemeine Volksabstimmung, durch die der Kurs der Politik in den nächsten Jahren bestimmt wird. Eine solche Abstimmung erstreckt sich aber auf alle politischen Fragen zugleich, dadurch wird ihr Ergebnis im einzelnen oft unbestimmt und vieldeutig. Niemand kann sagen, das französische Wahlergebnis bedeute einen formellen Auftrag für die Regierung, auf die endgiltige freundschaftliche Verständigung mit Deutschland hinzuwirken. Noch weniger aber wird man behaupten können, dieses Ergebnis sei ein Schrei des Hasses gegen ein anderes Volk, eine Gefahr für den Weltfrieden, eine Kriegsdrohung. Nein, die französischen Wahlen zeigen, daß wieder eine Reihe von Jahren über alte schmerzliche Erinnerungen dahingegangen sind, und daß das neue Geschlecht, das heranwächst, sich selber leben will. Für die Bestrebungen der Berner Konferenz bedeutet der französische Wahlausfall eine starke Ermutigung. Es ist zu hoffen, daß sich die wieder- und neugewählten Anhänger dieser Bestrebungen sehr bald wieder mit zahlreichen Mitgliedern des deutschen Reichstags zusammenschließen werden, um zugleich mit der Unveränderlichkeit ihrer Gesinnung die wachsende Stärke ihres Einflusses zu dokumentieren, wie sie sich bei den jüngsten Wahlen erwiesen hat.

Deutsche Politik.

Mit Gott für König und Vaterland.

Die Konservativen und die Frömmlichen bielten es für nötig, ihren geklungenen Kredit durch eine Vorstellung im Zirkus Busch wieder einmal zu beleben. Es war angekündigt worden, daß am Sonntag mittag 12 Uhr im Zirkus Busch von drei konservativ-christlichen Rednern die „Kreuzzeitungs“-Parole „Mit Gott für König und Vaterland“ verteidigt werden sollte.

Der Zirkus Busch faßt ungefähr 5000 Personen. Wenn er voll geworden wäre, konnten die Konservativen einen doppelten Erfolg buchen, denn sie hatten ein Eintrittsgeld von 20 Pf., für die Logen 1 M. angelegt, hätten sonach einen hübschen klingenden Gewinn und die Reklame einer gelungenen Versammlung obendrein für sich gehabt. Aber daß Gotterbarm. Es waren in dem weiten, weiten Zirkusraum ganze 600 Personen, die mit Gott für König und Vaterland unter der Führung des Pfarrers Philipp, des Grafen Westarp und des christlichen Arbeitersekretärs Behrens kämpfen wollten. Vielleicht auch noch nicht einmal kämpfen wollten, denn mitten in der auf eine Stunde Dauer angelegte Versammlung riß auch noch ein guter Teil aus. Es waren zu abgedroschene Phrasen, die ihnen den Geschmack an dem schönen Sonntag mittag verderben. Der Pfarrer Philipp wettete gegen Kirchenaustritt und Geburtenrückgang und predigte Gottertrauen. Graf Westarp, dem die Verteidigung des Königs zugefallen war, feierte die Hohenzollern und predigte schärfsten Kampf gegen alle Demokraten und Sozialdemokraten, die die Republik im Herzen tragen. Und Behrens häpelt sein Besium, das Vaterland zu verherrlichen, schlecht und recht im Schweife seines Angesichts herunter, vermochte sich aber auch nicht über den allerleichtesten Phrasenstoß zu erheben. Und dafür mußten die Leute noch 20 Pfennig Eintrittsgeld bezahlen.

Konservatives Glaubensbekenntnis.

Der „Reichsbote“ pflegt täglich an der Spitze seiner ersten Beilage eine Sentenz oder ein Zitat zu veröffentlichen, um für die, denen seine Artikel zu langweilig sind, den Grundgedanken der christlich-nationalen Politik kurz und schlagend zusammen zu fassen. In der Regel müssen die Bücher des alten und neuen Testaments oder die Schriften von Treitschke und Stöcker herhalten. Am Montag aber bemüht er einen sicheren Grafen Klimowström-Korklof. Der Mann ist zwar in weitesten Kreisen unbekannt, aber dafür ist das, was er zu sagen hat, durchaus klar und nicht mißzuverstehen. Man höre: Außerer Politik — nur deutsch! Wirtschaftspolitik — gesunder Egoismus! Sozialpolitik — christliche Liebe! Gegen sozialdemokratische Führer und Verführer — Gewalt.

Die Punkte 1 bis 3 pflegt die Redaktion des „Reichsboten“ ja auch in den von ihr selbst geschriebenen Artikeln zu vertreten. Zu der Gewalt gegen sozialdemokratische Führer aber bekennt sie sich öffentlich nicht, und da dient es zur Klärung, daß sie wenigstens auf dem Umwege über die Ansicht des Grafen Klimowström ihrer wahren Meinung Ausdruck verleiht.

Zentrum und Wahlrechtsreform.

Die „Köln. Volkszeitung“ äußert sich in ihrer Nummer 320 ausführlich zu der Wahlrechtsmission des Herrn v. Loebell, wobei sie die alte Zentrumsforderung auf Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen vollständig preisgibt:

„Der Hinweis auf die Wahlrechtsreform kann uns nicht schrecken. Man hat im Zentrum stets die Notwendigkeit dieser Reform betont und auch stets die Ansicht vertreten, daß eine gedeihliche Reform nur dann möglich ist, wenn die großen Parteien Konservative, Freikonservative, Zentrum und die Nationalliberalen sich in dieser Frage auf einen willigen Ausgleich einigen. Das Zentrum legt den Hauptnachdruck auf eine genügende Berücksichtigung und Schonung der Handwerker, der Gewerbetreibenden und der Bauern, die alle zusammen unter den Begriff des Mittelstandes in Stadt und Land fallen. Vielleicht ist das Zentrum mit dieser Forderung garnicht allzuweit entfernt von dem Programm des neuen Ministers des Innern und des Reichsanzalters in der Wahlrechtsfrage. Wir sind übrigens mit Herrn v. Jedlich ganz der Ansicht, daß die Wahlrechtsfrage heute noch garnicht akut ist.“

Das ist der Gipfelpunkt des klerikalen Wahlrechtsverrats. Das Zentrum ist bereit, eine volksfeindliche Wahlrechtsreform nach den Wünschen der Junker und des Herrn v. Bethmann zu machen. Dabei sollen die Wünsche des rückständigen Mittelstandes noch besonders berücksichtigt werden. Von den Interessen der Arbeiter ist mit keinem Worte die Rede, man glaubt, den klerikalen Arbeitermassen alles bieten zu können.

Noch ein Polizeiprozess in Sicht.

In der Nachbarstadt Köln, Müllheim a. Rh. scheint demnächst gleichfalls ein Polizeiprozess zu bevorstehen. Es schwebt schon seit einiger Zeit eine Untersuchung gegen Beamte der Müllheimer Kriminalpolizei, die sich in ähnlicher Weise wie ihre Kölner Kollegen vergangen haben.

Bürgerschaft für Schillers „Bürgerschaft“.

In Siegnar bei Chemnitz plante der Jugendauschuß einen Unterhaltungsabend. Acht Tage vor dem in Aussicht genommenen Termin wurde die Veranstaltung auf dem Gemeindeamt angemeldet. Auf die Frage, was

48

48

48

e!

este

und nur

50 5. —

59 7.80

414

fer.

ch.

erhalt.

12 11.1

24. 11.1

1 Ka-

ienbahn,

r. 158 V.

al

Wage

del nicht

it merco-

ang. für

der für

die ge-

Wpflügel

denn vorgetragen werden solle, führte der Anmeldende einige Volkslieder und Gedichte an, darunter Schillers „Bürgschaft“. Bei der Nennung dieses Titels runzelte der Gestrenge plötzlich die Stirn und verlangte den Text dieses verdächtigen Opus zu sehen, woraus gefolgert werden muß, daß ihm entweder Schiller oder die „Bürgschaft“, vielleicht aber auch beides unbekante Begriffe sind. Um ihn nun von der völligen Ungefährlichkeit des Gedichtes zu überzeugen, besorgte der anmeldende Kollege dem Gestrengen ein amtliches Volksschullesebuch, in dem die „Bürgschaft“ abgedruckt steht. Dieser aber war weit entfernt, sich damit zu beruhigen. Er erklärte, das Buch, wohl gemerkt, das an der Schule benutzte Lesebuch, müsse der Amtshauptmannschaft zur Prüfung eingeschickt werden! So geschah es und das Buch blieb dort. Wenige Stunden, bevor der Unterhaltungsabend beginnen sollte, ließ nun plötzlich ein Bescheid der Amtshauptmannschaft ein, wonach der Vortrag nicht stattfinden dürfe. Grund: Die Anmeldung hätte mindestens 14 Tage vorher bei der Amtshauptmannschaft erfolgen müssen. — Wir finden das sehr berechtigt: 14 Tage Zeit gebraucht eine königl. sächsische Behörde schon, um sich mit dem Inhalt eines so schwierigen und völlig unbekanntes Gedichtes vertraut zu machen. Wer bürgt ihr schließlich für die Sorglosigkeit dieser „Bürgschaft“, in deren erster Zeile gleich etwas von einem Tyrannen steht?

Ausland.

Schweden.

Das Ergebnis der schwedischen Wahlen. Die Wahlergebnisse liegen jetzt endgültig festgelegt vor. Sie bestätigen den großen Aufschwung der Konservativen und der Sozialdemokraten, während die Liberalen 30 Mandate verloren haben und ihre Stimmenzahl nur unbedeutend vermehren konnten. In Stimmen haben, bezogen mit der Wahl von 1911, erhalten:

	1911	1914	Zunahme
Konservative	188 691	286 820	97 629
Liberaler	242 795	245 040	2 245
Sozialdemokraten	172 196	229 176	56 980

Insgesamt sind aber abgegeben 760 586 gültige Stimmen gegen 608 682 im Jahre 1911. Die Konservativen sind durch die Aufsenkung der Wahlrechtsalter und der Sozialdemokraten, während die Liberalen 30 Mandate verloren haben und ihre Stimmenzahl nur unbedeutend vermehren konnten. In Stimmen haben, bezogen mit der Wahl von 1911, erhalten:

Das Ergebnis der Mandatverteilung ist folgendes: Konservativ 86 Mandate (bisher 65), Liberaler 71 (101) und Sozialdemokraten 78 (64). Unsere Partei hat 18 neue Mandate gewonnen, darunter 12 von den Liberalen und 1 von den Konservativen. Sie hat aber an die Konservativen 4 Mandate verloren, so daß der effektive Gewinn nur 9 Mandate beträgt. Die Proportionalwahl hat dieses Mal unsere Partei besonders begünstigt, indem sie 1 Mandat auf je 3139 und die Liberalen auf 3461 Wähler erhielten. Würde das ganze Land ein Wahlkreis gewesen, hätten wir nur Anspruch auf 70 Mandate gehabt, die Liberalen 74.

Die Neuwahlen haben eine konservative Mehrheit weder in der zweiten Kammer, noch für die gemeinsamen Abstimmungen der beiden Kammern gebracht. Zur Mehrheit in der zweiten Kammer fehlen ihnen 30 Mandate und in den gemeinsamen Abstimmungen etwa 20-25. Noch ungünstiger sieht es aus, wenn man die Stimmengahlen der beiden linken Parteien mit den übrigen vergleicht. Es haben nämlich rund 475 000 Wähler für die Linke gestimmt gegen 255 000 für die Rechte. Die überwiegende Mehrheit der Wähler hat sich also für die Politik der Linken ausgesprochen und gegen die Politik der Hofpartei und der Konservativen. — Die Verluste der Liberalen erstrecken sich auf den rechten Flügel, der eigentlich immer nur eine im liberalen Gewand konservativ Richtung war. Diese Reinigung wäre auch zu erwarten gewesen, wenn nicht zufällig die Abstimmungsfrage, sondern eine große demokratische Frage Gegenstand des Wahlkampfes gewesen wäre.

Die Kammer soll erst am 18. Mai zusammentreten. Die neue Lage in der Kammer läßt sich noch nicht übersehen. Die Konservativen suchen die Kurst der Liberalen, bisher allerdings ohne sichtbaren Erfolg.

Lebhafte Auseinandersetzungen im badischen Landtag.

Die Mittelschuldebatte konnte gestern zu Ende geführt werden. Namens der sozialdemokratischen Fraktion hielt Genosse Böttger mit dem Unterrichtsminister eine scharfe Abrechnung. Mit aller Entschiedenheit wies unser Redner die Auffassung des Ministers, als ob die Freireligiösen Bürger 2. Klasse seien zurück und konnte sich dabei mit Zug und Recht auf die badische Verfassung berufen. Genosse Böttger erklärte unter lebhafter Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese einen solchen Minister gegenüber das schärfste Mißtrauen zum Ausdruck bringen muß. Die liberalen Traditionen von früher werden jetzt preisgegeben und an erster Stelle macht sich in steigendem Maße eine reaktionäre Strömung geltend. Der Minister versuchte sich nochmals zu verteidigen, allein er tat es ohne Glück. Seine Auffassung wurde vom dem Abg. Venedey und dem Genossen Kolb scharf zurückgewiesen. Selbst der Chef der Nationalliberalen, Herr Rebmann mußte anerkennen, daß die Verwaltungspraxis des jetzigen Ministers gegen die des früheren abweist. So schlecht hat schon lange kein Minister mehr bei den Landtagsdebatten abgeschnitten, wie Böhm in diesen Tagen.

63. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 28. April.
Am Regierungstisch: Kultusminister Dr. Böhm und Kommissäre.

Eingänge: Petitionen: der Stadtgemeinde Kastatt, die Verteilung des schienenleichen Wohnübergangs an Niederbühlter Tor bez.; der Gemeinden Unterkirch, Stodburg und Wörsweiler um Erziehung einer Eisenbahnstation im Gropetal bei Willingen; des Bundes deutscher Jäger in Baden, die Forderung des Jagdgesetzes betr. Ferner ging ein eine Einladung seitens des Vereins „Volksschulspiel Deutsches Land“, sowie eine Einladung seitens des „Bürgervereins Weersburg“ zum Besuch seiner Kellereien anlässlich der bevorstehenden Anwesenheit der Mitglieder des Landtags am Bodensee. Von den Einladungen wird Kenntnis genommen.

Voranschlag der höheren Schulen.

Abg. Bödel (Zentr.) freut sich, in einer Reihe von Punkten mit den gestrigen Erklärungen des Ministers übereinzustimmen. Dem Minister stimme ich zu, wenn er die Zeitfrist „Der Anfang“ eine betrübliche Erscheinung nennt; hier ist sogar noch ein schärferer Ausdruck am Platz. Ueber den Fall in den Lehrerseminaren ist in der Kommission zu sprechen. Die Auslese der Praktikanten muß vor dem Probejahr erfolgen. Ueber die Stellung des Ministers zu den geistlichen Lehrern hat sich mein Freund Kopf schon glänzend geäußert. Die Kirche hat sich doch auch nicht der Disziplinargewalt des Staates entzogen. Durch eine Verkündung der beiden Seiten muß hier eine Einigung erzielt werden. Die Ausführungen des Abg. Dr. Blum gegen die Spekulation haben mich gefreut; die Trennung der Geschlechter sollte auch bei Ausfüllungen etc. erfolgen. Eine Ueberhebung des Sportes ist gefährlich. An der Rede des Abg. Stodinger hat mich sehr interessiert, daß er so besorgt ist, daß in den „Wandervogel“ kein antimilitärisches Gift eindringt. Es würde mich freuen, wenn die Sozialdemokratie auch so um den Schutz der Religion besorgt wäre. (Zwischenruf von den Sozialdemokraten: Das haben wir getan!) Am Rechenplan der Realanstalten habe ich zu beanstanden, daß darin nicht „Ungeschichte des Menschen“ ist. Es sind die Hypothesen, über die man sich nicht deutlich ausdrücken kann. Es ist dies eine Gefahr, da es sich nicht um feststehende Tatsachen handeln kann. Die Klagen über Ueberbürdung der Schüler sind grundlos. Es ist nicht zu bestimmen, daß die Unterrichtsstunden von 8 bis 1 Uhr ausgedehnt werden. Die Spielnachmittage haben große Schattenseiten. Auch das allzu frühe Besuchen des Tanzunterrichts ist zu bekümmern.

Abg. Vansbach (Kon.): In den höheren Schulen muß der richtige Geist der Vaterlandsliebe geweckt werden. Es wäre kein Fehler, wenn manche Schüler durch die Reformschulen der Landwirtschaft oder dem Gewerbe wieder mehr zugeführt würden. Die Schulklassen sollten gleichmäßig verteilt werden. Die noch bestehenden konfessionellen Lehrerseminare sollen erhalten bleiben. Die Jugendbestrebungen haben ihre Berechtigung,

wenn sie in gewissen Grenzen bleiben. Der Pflege der Bibel soll Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Abg. Spang (Zentr.) bittet, in den Zuschüssen des Staates bei Realschulen und Gymnasien eine Gleichberechtigung einzutreten zu lassen. Das Realprogymnasium in Waldshut sollte in eine Vollenstalt umgewandelt werden.

Abg. Böttger (Soz.):

Herr Kollege Bödel hat sich darüber gefreut, daß mein Kollege Stodinger gegen die antimilitärischen Tendenzen im Wandervogel so energisch Front gemacht hat, und er hat darüber gesagt, daß wir nicht das Gleiche auch tun gegen diejenigen, die die

Christliche Religion

verhöhnern. Mein Kollege Kolb hat schon dazwischen gerufen, daß wir wiederholt in diesem Hause konstatiert haben, daß wir uns gegen derartige Ungehörigkeiten mit aller Entschiedenheit wenden, und ich kann dem Herrn Kollegen Bödel beraten, daß wir auch außerhalb dieses Hauses jedwede derartige Ungehörigkeit rügen. Wir wünschen nur, daß auch auf Ihrer Seite diejenigen, die uns und die Angehörigen unserer Partei bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Kot bewerfen, mit derselben Schärfe zurückgewiesen werden, wie das bei uns in der Regel geschieht. Es sind die Ausführungen des Herrn Ministers in der gestrigen Sitzung, die mich veranlassen, einige Ausführungen zu machen. Es hat erst der Erinnerung durch meinen Fraktionskollegen Stodinger bedürft, bis der Herr Minister eine Antwort auf die Anfrage meines Parteifreundes Dr. Franz gegeben hat, der da gefragt hat, ob es richtig sei, daß

Sinder freireligiöser Eltern von den badischen Lehrerseminaren ausgeschlossen sind. Der Herr Minister hat dies zugegeben, er hat uns erklärt, daß es richtig sei, daß ein Kind freireligiöser Eltern im Baden nicht Lehrer bezw. Lehrerin werden könne. Er hat einen anderen Fall gelaugt, nicht beantwortet zu können, weil ihm die Einzelheiten desselben nicht bekannt seien. Ich bin ermüdet, unter Nennung des Namens diesen Spezialfall hier noch vorzutragen, und ich erwarte, daß wir auch nach dieser Richtung hin vom Herrn Minister eine ebenso klare Antwort bekommen, als dies gestern Abend der Fall gewesen ist. Der Fall betrifft die Tochter des verstorbenen Hauptlehrers Strobach aus Mannheim, die die Schulklassen mit zum Teil sehr guten Noten absolviert hat, und der dann, als sie das Staatsexamen machen wollte, einen Revers vorgelegt wurde, auf dem sie unterschreiben sollte, daß sie auf Anstellung im Staatsdienst verzichte. Die betreffende Dame hat diesen Revers notgedrungen unterschreiben müssen. Die Regierung hat nach alledem, was wir gehört haben, nach Ansicht meiner Fraktion ihren früheren liberalen Standpunkt zu verlassen. Sie geht scheinbar nach dem Ruf, alle die liberalen Reformen, die in früheren Jahren auf den verschiedenartigsten Bildungsinstituten eingeführt worden sind, nunmehr durch eine

antiliberaler Verwaltungspraxis

wieder aus der Welt zu schaffen (Abg. Kolb: Sehr richtig!) Der Herr Minister hat, auf einen anderen Fall und zwar auf den Sohn unseres verstorbenen Parteigenossen Dreßbach bezugnehmend erklärt, daß die Regierung da nicht geneigt habe, daß der Sohn des verstorbenen Abg. Dreßbach freireligiös gewesen sei. Ich möchte doch darauf verweisen, daß das sehr unwahrscheinlich ist (Sehr richtig links). Denn es darf doch angenommen werden, daß jeder Schüler, der das Lehrerseminar besucht, vorher in seinem Aufnahmeformular auch über seine religiöse Zugehörigkeit sich auszusprechen hat. Mit Rücksicht darauf glaube ich wohl annehmen zu dürfen, daß auch die Regierung da mal in Frage, daß der Schüler Dreßbach, den sie seinerzeit zum Staatsexamen zuließ, freireligiös war. Ich kann daher nur wiederholen, daß heute

im Kultusministerium reaktionäre Strömungen vorhanden sind, die wir früher nicht gekannt haben. Die Regierung nimmt gegenüber den Freireligiösen einen Standpunkt ein, der die Angehörigen dieser Religionsgemeinschaft weit hinter die Juden zurückstellt. (Zustimmung links). Die bekanntlich seit vielen Jahren schon als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt worden sind. Der Herr Minister stützt seine Haltung auf das Volksschulgesetz. Wir stehen auf dem Standpunkt, wie bereits wiederholt hervorgehoben wurde, daß die Verfassung hier in erster Linie ausschlaggebend ist, was die Verfassung in diesem Falle über den gesetzlichen Bestimmungen für die Schule steht. Im § 9 der badischen Verfassung steht ausdrücklich: Alle Staatsbürger ohne Unterschied der Religion haben zu allen Zivil-, Militär- und Kirchenämtern ihrer Konfession gleiche Ansprüche. Es steht nicht in der Verfassung, daß jemand erst seine religiöse Ueberzeugung abgeben muß, erst einen Revers zu unterschreiben hat, ehe er zu einer Staatsstelle zugelassen wird.

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.
Von Anatole France.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Die Bürgerin Remacle, eine Frau von überquellendem Herzen, Wufen und Hüften, gewährte, wie es hieß, ihre Kunst dem Bürger Dupont dem Älteren, Mitglied des Ueberwachungs Ausschusses. Wenigstens hatte ihr Mann sie stark im Verdacht, und das Haus schallte vom Stimmenschall ihres ehelichen Zwistes und ihrer Verhöhnungen wider. In den oberen Stockwerken wohnten der Bürger Chaperon, ein Goldschmied, der seinen Laden am Dai de l'Horloge hatte, ferner, ein Militärarzt, ein Richter, ein Goldschläger und mehrere Gerichtsbeamte.

Evarist Gamelin stieg die altmodische Treppe bis zum vierten Stock hinauf, wo sich ein Atelier und ein Zimmer für seine Mutter befanden. Dort endeten die mit Steinfliesen belegten Treppenstufen, die auf die schweren feineren Stufen der unteren Stockwerke folgten. Eine Leiter, die an der Wand lehnte, führt auf einen Boden, von dem soeben ein dicker, alter Mann mit schönem, blühendem Antlitz herabstieg. Er trug ein riesiges Paket mit Mühe unterm Arm und summte dabei vor sich hin: „Ich hab meinen Diener verloren.“

Er hörte mit seinem Singfang auf, sagte Gamelin höflich guten Tag und dieser begrüßte ihn vertraulich und half ihm beim Herababsteigen seines Paketes, wofür der Alte sich sehr bedankte.

„Da drinnen“, sagte er, seine Last wieder aufnehmend, „sind Hampelmänner; ich will sie eben zu einem Spielwarenhändler in der Rue de la Loi bringen. Es ist eine ganze Schar, lauter Geschöpfe meiner Hand. Sie haben von mir einen gebrechlichen Körper bekommen, aber ohne Freuden und Leiden. Das Denken hab ich ihnen auch erlassen, denn ich bin ein guter Gott.“

Der so sprach, war der Bürger Maurice Brotteaux, ein alter Steuerpächter und früherer Adliger; sein Vater hatte es zu Gelde gebracht und sich durch einen Uebelbrief aus dem Böbel emporgeschwungen. In der guten alten Zeit hieß Maurice Brotteaux Herr Des Lettes und gab in seinem Haus in der Rue de la Chaise elegante Soupers, welche die schöne Frau von Rochemaure, die Gattin eines Staatsanwaltes, mit dem Glanz ihrer Augen verschönte. Sie war eine exemplarische Frau, deren ehrenwerte Treue nichts zu wünschen übrig ließ, solange die Revolution den Herrn Maurice Brotteaux Des Lettes nicht um Aemter, Renten, Haus, Güter und Namen gebracht hatte. Durch die Revolution verlor er alles. Seitdem verdiente er sich sein Brot mit Porträtmalen in den Hofeinfahrten der Häuser; er buk Krapsen und Spritzluchen am Quai de la Mégisserie, verfaßte Reden für die Volksvertreter und gab den Bürgermädchen Tanzstunden. Gegenwärtig trieb er sein Gewerbe auf seinem Boden, zu dem man auf einer Leiter hinaufstieg und in dem man nicht aufrecht stehen konnte. Dort fabrizierte er mit Hilfe eines Reimtopfes, eines Bindfadennähls, eines Aquarellfarbentastens und einiger Papierfetzen Hampelmänner, die er an die Spielwaren-Großhändler verkaufte. Diese setzten sie an die Straßenhändler ab, die sie auf einer Stange in den Champs Elysees herumtrugen, als Ziel des kindlichen Verlangens. Inmitten der furchtbaren öffentlichen Zustände und trotz seines eigenen großen Mißgeschicks beharrte Maurice Brotteaux die Heiterkeit der Seele und suchte Trost in seinem Lufte, den er in der weitoffenen Tasche seines flobbraunen Ueberrockes beständig herumtrug.

Evarist Gamelin öffnete die Tür seine Wohnung, die sofort aufging. Bei seiner großen Armut brauchte er sie nicht zu verschließen, und wenn seine Mütter aus Gewohnheit den Kiegel vorstob, so pflegte er zu sagen: „Wozu? Man sieht keine Spinnweben, und die meinen erst recht nicht.“ In seinem Atelier standen in dichtem Durcheinander seine ersten Verjuche in der Malerei, zum Teil mit der Wildheit gegen die Wand gelehnt und mit dichter Staub-

sicht bedeckt. Sie stammten noch aus der Zeit, wo er mit glatttem und schlichtem Pinsel entflozene Vögel und leere Köcher, fette Liebespiele und holde Glücksträume, hochgeschürzte Gänsemädchen und blumengeschmückte Schäferinnen gemalt hatte.

Aber dieses Genre paßte nicht zu seinem Temperament. Diese Szenen bewegten durch ihre kalte Darstellung die unerbefrähbare Keuschheit seines Herzens. Die Kenner hatten sich darin nicht getäuscht, und Gamelin hatte nie für einen galanten Maler gegolten.

Jetzt, wo er kaum dreißig Jahre alt war, schien ihm diese Kunst unendlich weit zurückzuliegen. In ihr sah er nur noch die Verderbnis des Königtums und eine Ausgeburt der bößlichen Sittenlosigkeit. Ja er schuldigte sich selbst an, daß er so verächtliches Zeug gemalt und sein Genie durch Knechtsdienste erniedrigt hatte. Jetzt, wo er Bürger eines freien Volkes war, zeichnete er mit kraftvollem Strich die Gestalten der Freiheit, der Menschenrechte, der französischen Konstitution, der republikanischen Jugend, vollstimmliche Herkulesse, welche die Hydra der Tyrannei niederzuschlugen, und in alle diese Gestalten legte er die ganze Glut seines Patriotismus. Nur leider verdiente er sich sein Brot damit auch nicht. Die Zeiten waren schlimm für den Künstler. Gewiß trug der Konvent nicht die Schuld daran. Der sandte seine Heere nach allen Richtungen gegen die Könige und bot dem gegen ihn verschworenen Europas stolz, fühllos und entschlossen die Stirn Treulos und grausam gegen die Seinen, zerfleischte er sich mit eigener Hand, erhob die Schredensherrschaft zum Tagesbrauch, zog die Verjchwörer unbarmerzig vor ein Gericht, das alsbald seine eigenen Mitglieder verschlingen sollte, und war doch zu gleicher Zeit gefast, nachdenklich, ein Freund der Kunst und des Schönen. Er reformierte den Kalender, gründete Hochschulen, schrieb Wettbewerbe für Malerei und Skulptur aus, ermunterte die Künstler durch Stiftung von Preisen, schuf Jahresausstellungen, eröffnete das Museum und beging nach dem Vorbild Athens und Roms großartige Feste und Trauerfeiern.

(Fortsetzung folgt.)

Wir können dazu übergehen, Sprache gefordert und auf Sinne verlaßbar auszufragen. Weiter nichts, sondern (demokratisch) denkt, wenn Königsunter...

Wenn wir h... können h... Behalt... fremd... Ausdruck... Punkt, daß d... Unterricht i... nicht, weil i... können. Es... Mai 1848, ... der Charakter... und diese de... logar... zur Abhaltung... die ihnen die... entwicklung... mittlerweile... gegangenen... dieser Recht... namentlich d... Jahren in d... Schulform... ihren Vertre... sequent ihre... fahrungen, r... religiösen G... heimer Schu... heimer Arme... Was wird d... etwa die R... wird, so fan... treten wird... gegen die an... antrittsbew... Standpunkt... die freireligi... auch in Hei... in den Schu... anlassung he... abzuschrecken... sprechenden... zu dem Sto... ministerium... (Beifall bei...)

Abg. Vansbach (Kon.): In den höheren Schulen muß der richtige Geist der Vaterlandsliebe geweckt werden. Es wäre kein Fehler, wenn manche Schüler durch die Reformschulen der Landwirtschaft oder dem Gewerbe wieder mehr zugeführt würden. Die Schulklassen sollten gleichmäßig verteilt werden. Die noch bestehenden konfessionellen Lehrerseminare sollen erhalten bleiben. Die Jugendbestrebungen haben ihre Berechtigung,

Deut...

Der le... durch aus... ein prakti... lung d... seine Beha... glich des... und Kontr... durch sein... vorigen Ja... ungen über... neuen Zim... aufgearbeit... daß die Re... der Fall zu... Junach... Nutes un... die e... dunkle We... sollten. E... köstlich d... Straßburg... wechself... den Vortr... lung e... München, d... experiment... sprach an... diagnostisch... von Koch... Seine Klar... deutlich, d... lung der... aus den D... Einigkeit... Nieren un... Störungen... Auch die d...

Wir können es deshalb nicht begreifen, daß die Regierung dazu übergegangen ist, in dem Falle, der gestern abend zur Sprache gekommen ist, gewissermaßen einen moralischen Druck auf die Personen auszuüben, indem sie in indirektem Sinne verlangt, daß sie aus der freireligiösen Gemeinschaft austreten. Was hat denn die Regierung mit alledem erreicht? Weiter nichts, als daß ein Schüler herangezogen wird, der staatlich funktioniert worden ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß nicht, wie die Regierung sich den Fall denkt, wenn die betreffenden Lehrer nachher den Kindern Religionsunterricht erteilen sollen. Das mag

ein schöner Religionsunterricht

sein, der in dem Falle den Kindern beigebracht wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Geschieht ihnen recht!) Die Sache hat noch andere Konsequenzen. Was will der Herr Minister mit den Lehrern tun, die bereits jetzt freireligiösen Religionsunterricht an den verschiedensten Schulen in Mannheim, Heidelberg und Forzheim erteilen? Will der Herr Minister vielleicht verlangen, daß auch diese zu dem protestantischen Glauben überreifen und will der Herr Minister den betreffenden Lehrern die Fortsetzung des freireligiösen Volksschulunterrichts verbieten? Oder will der Herr Minister dazu übergehen, daß er den betreffenden Lehrern, die der freireligiösen Gemeinde angehören, das Recht abspricht, den Zöglingen ein Gebot abzugeben, das in gewissem Sinne auch eine religiöse Einwirkung ist?

Alle diese Konsequenzen, die der Herr Minister in den speziellen Fällen an den Tag gelegt hat, veranlassen meine Fraktion, dem derzeitigen Unterrichtsministerium

das schärfste Mißtrauen entgegenzubringen.

Wenn wir heute über den Gehalt des Herrn Ministers abzusprechen hätten, so würden wir auf Grund der vorstehenden Behauptung des Herrn Ministers absehen, um dadurch unser Mißtrauen gegenüber dem Unterrichtsministerium zum Ausdruck zu bringen. Meine Fraktion ist auf dem Standpunkt, daß die Regierung kein Recht hat, den freireligiösen Unterricht in den Schulen zu verbieten, und zwar deswegen nicht, weil die freireligiösen Gemeinden einen Rechtsanspruch besitzen. Es existiert eine Allerhöchste Entschliessung vom 19. Mai 1848, wonach der damaligen deutsch-katholischen Gemeinde der Charakter einer anerkannten Religionsgemeinschaft erteilt, und diese deutsch-katholischen Gemeinden im Jahre 1848 haben sogar Konfessionsurkunden bekommen, die ihnen die Befugnis zur Abhaltung der öffentlichen Gottesverehrung einräumen und die ihnen die Körperrechtsverhältnisse durch Ministerialentschliessung vom 21. Juni 1864 sind diese Rechte auf die mittlerweile aus den deutsch-katholischen Gemeinden hervorgegangenen freireligiösen Gemeinden übertragen. Auf Grund dieser Rechtsverhältnisse haben die freireligiösen Gemeinden, namentlich die in Mannheim, seit Jahren schon, seit den 80er Jahren in die Armenkommission sowohl als auch in die Schulkommission ihren freireligiösen Vertreter als ihren Vertreter delegiert. Wenn nun der Herr Minister konsequent sein will mit Rücksicht auf seine geäußerten Ausführungen, muß er auch verbieten, daß der Redigier der freireligiösen Gemeinden in Zukunft noch Vertreter der Mannheimer Schulkommission ist bezw. Sitz und Stimme im Mannheimer Armenrat hat. Der Herr Minister mag nur versuchen! Was wird dabei erreicht? Wenn er vielleicht glaubt, daß damit etwa die Kirchenaustrittsbewegung hintangehalten wird, so kann ich ihm nur sagen, daß genau das Gegenteil eintreten wird. Je schärfer die Maßnahmen der großen Regierung gegen die anders Denkenden, desto schärfer wird diese Kirchenaustrittsbewegung eintreten. Wir stehen deshalb auf dem Standpunkt, daß auf Grund der seinerzeit verliehenen Rechte die freireligiösen Gemeinden in Mannheim, in Forzheim und auch in Heidelberg ein Recht haben, den freireligiösen Unterricht in den Schulen zu erteilen und daß die Regierung keine Veranlassung hat, ihnen die seit Jahrzehnten erfolgte Uebung jetzt abzuschneiden. Im übrigen kommen wir auf Grund der verschiedenen Vorgänge in den letzten Jahren und letzten Wochen zu dem Standpunkt, daß wir zu dem derzeitigen Unterrichtsministerium absolut kein Vertrauen haben können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Wiedemann (Zentr.): Man sollte alle Schulen in einem Referate behandeln. In der Zeitschrift des Dr. Weynen stehen ganz genaue Sachen. Ganz junge Leute äußern sich in der Zeitschrift „Der Anfang“ zu Fragen des Sexuallebens, der Familie, der Schule usw. Der Minister sollte sich auch schärf gegen diese Strömung äußern. Die Wanderungen der Schulen sind bisweilen aus. Die Kinder sollten am Sonntag vormittag den Gottesdienst besuchen statt zu wandern. Wir haben für die Lehrerbildungsanstalten genügend Lehrer. Der Zugang zu den höheren Schulen muß eingeengt werden. Der Unterricht in den Lehrerseminaren über Gesundheitslehre ist zu begrüßen. Die neuere Geschichte sollte in den Vordergrund

gestellt werden. Die Arbeit der Lehrerinnen ist eine vorzügliche; eine Ausbildung im Handarbeitsunterricht wäre wünschenswert. Die Ausbildung der Fortbildungsschullehrer sollte bereits am Seminar erfolgen.

Minister Dr. Böhm bemerkt, daß er nicht auf alle Einzelwünsche eingehen könne. Die Regierung werde jedoch die Wünsche berücksichtigen. Die Regierung denkt nicht daran, den Lehrplan der Lehrerbildungsanstalten zu ändern. Bei dem Programm in Waldshut besteht kein Bedürfnis nach einem Ausbau. Ich bin nicht erfreut, daß Dr. Weynen für seine beabsichtigte Anstalt Baden ausfuchte. Dr. Weynen hat Extravaganzen; diese berechtigen mich jedoch nicht, ihn außerhalb des Gesetzes zu stellen. Jedenfalls werde ich ein wachsam Auge darauf haben, daß für die Jugend keine Gefahr entsteht. Der Abg. Wötter hat außerordentlich scharf auf mich geschossen. Es ist außerordentlich merkwürdig, daß der Abg. Wötter meine Stellung zu den freireligiösen nicht näher prüfte. Es ist außerordentlich billig, einem Minister

Verletzung der Verfassung

vorzuwerfen. Die Verfassung gibt kein Recht für bestimmte Aemter. Die Bestimmungen für das betr. Amt müssen erfüllt werden. Für die Volksschulen ist die Erteilung des christlichen oder ev. jüdischen Religionsunterrichts nötig. Die anderen religiösen Gemeinschaften haben dieses Recht nicht. Für die Volksschule liegt die Sache so, daß die freireligiösen die gleichen Rechte haben, wie andere Sekten. Sie können Privatunterricht erteilen lassen. Für den Privatunterricht erziehen wir jedoch keine Lehrer. Der Abg. Wötter hat Recht, wenn er es als inkompetent bezeichnet, daß freireligiöse in die Prüfungskommission kommen. Ich habe auf dem Boden des Gesetzes. Es ist in Konsequenz von den freireligiösen, nachdem sie sich nach ihrer Anschauung frei machen, die Rechte eines anerkannten religiösen Bekenntnisses zu wollen. Wir haben Lehrer, die keinen Religionsunterricht erteilen. Aber man kann mir nicht zumuten, daß ich im vornherein junge Leute hereinlasse, die keinen Religionsunterricht erteilen. Wir haben nach freireligiösen Lehrern wenig Bedarf. Ich möchte Sie dringend bitten, mit dem Vorwurf einer Verfassungsverletzung dem Minister gegenüber nicht leichtfertig zu sein.

Abg. Weynen (F. Sp.): Ich halte es für notwendig, mich zu der zuletzt angesprochenen Frage zu äußern. Zuerst jedoch einige allgemeine Gesichtspunkte. Der Bedarf zur Beförderung der höheren Schulen muß bei dem Berechtigungsstand einliegen. Die Franzosen haben bei ihrer letzten Militärreform Front gegen das Einjährigprivileg gemacht. Beim Militärentzug sind Änderungen nötig. Die Zukunft gehört nicht dem Gymnasium, sondern den anderen Anstalten. Das humanistische Gymnasium führt nicht in den Geist des klassischen Altertums ein. Namens meiner Freunde möchte ich

Stellung gegen den Minister

wegen der Haltung zu den freireligiösen in der Frage der Seminare nehmen. Ich kann die Auffassung des Ministers nicht teilen. Es handelt sich bei den Schulen um eine religiöse und sittliche Erziehung, nicht um eine religiös-konfessionelle. Es gibt auch religiös-sittliche Menschen außerhalb der Konfessionen. Wenn der Minister die Bestimmungen des Schulgesetzes anders versteht, dann muß man sie eben ändern. Man kann niemand zwingen, daß er Religionsunterricht erteilt. Macht es einen erhebenden Eindruck, wenn jemand evangelisch wird, um ins Seminar zu kommen? Die Sprache des Ministers ist die Sprache der Kirche. Die freireligiösen haben denselben Anspruch auf Achtung, wie die gläubigen Protestanten und die Katholiken. Bei unserem diesbezüglichen Antrag werden wir darauf zurückkommen. Es tut mir leid, daß der Minister in den Geruch der Reaktion kommt. Seine Handlungen sind jedoch nicht dazu angetan, die Ansicht über seine Stellung zur Reaktion zu erschüttern. Wir kommt es vor, als ob der Kampf des Ministers gegen den Modernismus nicht ernst sei. Wenn der Minister konsequent wäre, müßte er Trennung von Staat und Kirche verlangen.

Abg. Kolb (Soz.):

Ich muß mit aller Entschiedenheit die Behauptung des Ministers zurückweisen, daß mein Kollege Wötter leichtfertig dem Herrn Minister den Vorwurf einer Verletzung der Verfassung machte. Wenn mein Kollege Wötter dies tat, so hat er es aus innerer Ueberzeugung getan und er hat damit nicht nur seine persönliche Ueberzeugung ausgesprochen, sondern die Ueberzeugung der ganzen Fraktion.

Wenn der Minister meint, daß wegen der Anforderung auf Erteilung des Religionsunterrichtes seine Haltung sich auf das Volksschulgesetz stützen könne, so steht eben das Volksschulgesetz in Widerspruch mit der Verfassung, die einen Unterschied in der Religion nicht kennt. Es darf daher einem, der auf freireligiösem Boden steht, der Zugang zu einem Staatsamt nicht versperrt werden. Im übrigen kann man das

Volksschulgesetz sehr wohl mit unserem Standpunkt vereinbaren. Die Zahl der freireligiösen Kinder ist im Wachstume begriffen, weshalb die freireligiösen Gemeinden ein Interesse daran haben, daß ihre Kinder einen Moralunterricht von Leuten erhalten, die richtig vorgebildet sind. Wenn wir auf dem Standpunkt stehen, daß der gegenwärtige Minister stark nach der Seite der Reaktion neigt, so kommt diese Auffassung nicht von ungefähr. Es liegen verschiedene Dinge vor, die diese Auffassung geradezu aufzwingen. Ich habe die Meinung, daß der gegenwärtige Minister derartige Erlasse, wie sie in den Jahren 1846, 1848 und 1864 für die freireligiösen Gemeinden hinausgegeben worden sind, nicht hinausgeben würde. Er hat den Kampf mit den freireligiösen heraufbeschworen. Der Minister hat sie auch einmal ohne jede Not angegriffen. Die freireligiösen Gemeinden verlangen ja nur, daß die bisherige Uebung bleibe. Der Minister verlangt die Erziehung der Kinder zu „religiös-sittlichen Menschen“. Kann man denn das im freireligiösen Religionsunterricht nicht auch? Ich bin der Meinung, daß der Minister zu weit gegangen ist und die bisherige Uebung durchbrochen hat. Die Auffassung des Ministers harmonisiert nicht mit dem staatlichen Grundgesetz der Gewissensfreiheit. Da hört doch die Gewissensfreiheit einfach auf. Die freireligiösen werden in einer Weise zurückgejagt, die nicht mit der Verfassung im Einklang steht. Schließlich noch ein Wort zur reaktionären Haltung des Ministers. Er war es, der den Volksschullehrern verbot im

Arbeitergesangsvereine

Gesangsunterricht zu erteilen. Der frühere Unterrichtsminister beurteilte dies anders und freute sich darüber. Warum der jetzige Minister den Gesangsunterricht verbietet, ist mir unfaßlich. Jedenfalls hängt dies mit seiner sonstigen Auffassung zusammen, die eben in reaktionären Bahnen wandelt. Dies hätten wir am wenigsten von ihm erwartet. Von einer liberalen Auffassung ist bei ihm nichts zu entdecken. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Rebmann (Nat.) will sich ebenfalls zu dieser Frage äußern. Zuvor geht der Redner auf verschiedene andere Dinge ein. Bei den „Wanderbüchern“ muß man auf den Kern eingehen. Dieser ist gut, selbst wenn Schattenseiten vorhanden sind. Es sind im vergangenen Jahre vom Schwarzwalde Klagen über das Verhalten von Anaben und Mädchen, die den „Wanderbüchern“ angehört, gemeldet worden. Was stellte sich heraus? Es waren Schweizer und es waren teilweise nur Geschwister. In dieser Weise werden geringfügige Dinge vom Zentrum entstellte. Die Bestrebungen der Zeitschrift „Der Anfang“ lehnen wir entschieden ab. Die Auffassung des Kollegen Wötter über das

Verhalten des Ministers gegenüber den freireligiösen unterscheidet sich völlig von der Auffassung, die Abg. Frank hierzu einnahm. Abg. Frank bemerkte, daß sich der Minister auf den Boden des Gesetzes gestellt habe. Diesen Standpunkt nehmen auch wir ein. Man kann sich nur wundern, daß sich die große katholische Kirche in der Weise, wie in der Denkschrift, wegen der paar tausend freireligiösen anstrengt. Man bekommt den Gedanken, daß die Kirche hiermit einen Vorstoß auf kirchenpolitischen Gebiete macht. Der beste Standpunkt in dieser Sache ist der, wenn man sich auf den Boden des Gesetzes stellt. Der Minister stellt sich auf den Boden des Gesetzes. Damit wächst sich die Frage zu einer der Verwaltungspraxis aus. Hierin hat sich allerdings manches geändert. Meine Meinung geht dahin, daß die frühere Verwaltungspraxis besser war. Man sollte neuen religiösen Bestrebungen mit einer gewissen Weisheit entgegenkommen. Man sollte daher dem Ansuchen der freireligiösen weitgehendst entgegenkommen. Wenn man die Sache erörtern will, muß man weisheitsvoll verfahren. Was den konkreten Fall betrifft, so bin ich dafür, daß man den Leuten, die schon im Amte sind, die Freiheit läßt. Anders liegen die Dinge bei denen, die erst ins Seminar eintreten. Bei den jungen Leuten kann es vorkommen, daß diese sich freireligiös nennen, um sich ein Lehramt in Mannheim zu schaffen. Dies ist bedenklich für die Verwaltung. Wenn der Minister verlangt, daß die Lehrer qualifiziert sein sollen für den Unterricht in der Volksschule in vollem Umfange, so entspricht dies meiner Ueberzeugung. Unser Schulmechanismus verlangt eine gewisse Uniformität in den Unterrichtsformen. Wenn der Staat verlangt, daß der Lehrer für alle Fächer befähigt sein muß, so ist das recht. Was den Vorwurf der Reaktion betrifft, so kann man sagen, daß der Minister nur zu streng juristisch war. Dies ist kein Vorwurf reaktionärer Gesinnung. Der Minister sollte neuen Bestrebungen nicht entgegenstehen.

Hg. Hummel (Fortf.): Bei der allgemeinen Kultusdebatte wird im Zusammenhang mit der Trennung vom Staat und Kirche diese Frage miterörtert werden. Ich kann die Erklärung abgeben, daß die Urteile über Dr. Weynen auf Unkenntnis seiner Person beruht, denn Dr. Weynen ist eine geistig hervorragende Persönlichkeit.

Deutscher Kongress für innere Medizin.

O. P. Wiesbaden, 23. April 1914.

IV.

Der letzte Tag war gegen die vorjährigen Tagungen dadurch ausgezeichnet, daß ein zusammenfassender Vortrag über ein praktisches sehr wichtiges Thema „Wesen und Behandlung der Sepsis“ durch Schottmüller-Hamburg seine Behandlung erfuhr und daß außerdem noch das Ehrenmitglied des Kongresses Erzengel von Wehring Indikationen und Kontraindikationen der Diphtheriebehandlung durch sein neues Diphtheriemittel besprach. Er hatte schon im vorigen Jahre dem Kongress seine hochbedeutenden Untersuchungen über die Grundlagen wie seine Erfahrungen mit dem neuen Impferfahren mitgeteilt. Diese auf den letzten Tag aufgeführten wichtigen Mitteilungen hatten es auch bewirkt, daß die Reihen der Zuhörer nicht so gelichtet waren, wie es sonst der Fall zu sein pflegt, wenn der Kongress seinem Ende zuneigt.

Zunächst streiften noch einige Vorträge die Erkrankung des Kindes und zwar berichteten Wittorf-Dreslau und Lüdke-Würzburg über ihre Untersuchungen, die das noch dunkle Wesen des sogenannten hämolytischen Fterius klären sollten. Wehling-Köln berichtete über die herabgesetzte Resistenzfähigkeit der roten Blutkörperchen bei Alkoholikern und Woll-Strasburg brachte neue Beobachtungen über den Wasserstoffwechsel auf Grund von Blutuntersuchungen. Die darauf folgenden Vortragenden befaßten sich mit den Nierenkrankheiten, namentlich über klinischen Erkenntnis, Schäfer-Wandern, der sich Verdienste auf diesem Gebiete durch seine tierexperimentellen und klinischen Forschungen erworben hatte, sprach an der Hand von 260 untersuchten Fällen über die diagnostische Differenzierung, die er aus den nach der Zulage von Kochsalz entlebenden Ausscheidungsstörungen vornimmt. Seine klaren Ausführungen, erläutert durch Kurven, zeigten deutlich, welche Schwierigkeiten sich einer systematischen Einteilung der sogenannten Nierenentzündungen bietet und es geht aus den Diskussionsbemerkungen klar hervor, daß noch keine Einigkeit in dieser Richtung herrscht, und daß wir es in den Nieren mit einem Organ zu tun haben, das die mannigfachen Störungen seiner Partialfunktionen bei Erkrankung zeigen kann. Auch die durch sehr instruktive Bilder erläuterten histologischen

Untersuchungen über die Funktion der Niere und Leber von Leschke-Berlin fanden von berufener Seite eine kritische Besprechung, die jedoch den schönen Reputations keinen Abbruch tat. Auch Jungmanns-Strasburgs Untersuchungen über den Einfluß des Nervensystems auf die Nieren beleuchteten über wichtige Änderungen in der Anschaffung über die Nierenstätigkeit. Trotz der geringen Anzahl dieser die Nieren-Pathologie behandelnden Vorträge konnte der Vortrag dieser Aussprache als ein sehr wichtiger bezeichnet werden.

Alsdann begann Schottmüller-Hamburg seinen Vortrag über „Das Wesen und die Behandlung der Sepsis“. Seiner Auffassung nach ist diese „Wutergiftung“ nicht durch die Vermehrung der Krankheitskeime im Blutkreislauf charakterisiert, sondern es besteht ihr Wesen in der Entwicklung der Keime in irgend einem Organ, von wo aus dann der Einbruch der Krankheitserreger in das Blut in verschiedener Weise erfolgt. Es ist das wichtigste, festzustellen, mit was für Erregern man es im einzelnen Fall bei der Sepsis zu tun hat, denn die ganze Therapie wird sich darnach zu richten haben. Sie findet in dem Vortragenden einen sehr scharfen Kritiker, der sich auf Grund seiner reichen Erfahrungen gegenüber den durch die Zünne wie auch die Chemotherapie gegebenen Behandlungsmaßnahmen sich sehr ablehnend verhält. Die bis jetzt vielfach verordneten Heilfaktoren, selbst das Stropetotokseferum, hält seiner wissenschaftlichen Kritik nicht stand. In erster Linie sei die Erhaltung der Körperkräfte durch zweckmäßige Ernährung zu erstreben, wobei der Alkohol verwirrt, in geeigneten Fällen die Zufuhr größerer Mengen von Kochsalzwasser oder Traubenzuckerlösung empfiehlt. Bei der Ohnmacht, die zumeist noch die innere Behandlung der Sepsis gegenüber den krankheitserregenden und ihren Giften bietet, ist es zu versuchen, auf chirurgischem Wege die Herde der Keime anzugehen. So behandelt der Vortragende in kurzen Zügen auch die Möglichkeiten, die sich hier bieten und unterwirft sie einer kritischen Sichtung, wobei er von der Ausschaltung der Gummamandeln nach seiner Erfahrung nicht sehr viel hält. Auch die chirurgische Behandlung hat natürlich ihre Grenzen und so schließt er seinen Vortrag, indem er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß gerade die Chemotherapie uns weiter geben wird, um die Erreger der Sepsis, die natürlich sehr vielgestaltig sein können, zu beeinflussen. Die daran anschließende Diskussion konnte nach den ausführlichen Mitteilungen nicht mehr viel Neues bringen. Im allgemeinen bestand das Bestreben, die Maßnahmen der inneren Behandlung doch nicht als so erfolglos hinzustellen, wie von dem Referenten gesprochen war und

doch nichts unberührt zu lassen, um bei der Belämpfung des hoffnungslosen Zustandes einen Schritt weiter zu kommen. Höpfer-Dresden betonte, wie schon in früheren Vorträgen, daß die Herausnahme der Gummamandeln in geeigneten Fällen doch nicht so ganz unwichtig für den Verlauf einer septischen Erkrankung sei. Im allgemeinen konnte jedoch der Eindruck, den die kritischen Ausführungen des Referenten gemacht hatten, nicht verwischt werden.

Die letzte Nachmittags-Sitzung des Kongresses brachte einen von allen Teilnehmern mit Spannung erwarteten und hoch bedeutungsvollen Vortrag Wehrings, des Erfinders des Diphtherieheilmittels über die „Indikation Kontraindikation für das neue Diphtherieheilmittel“. Es handelt sich hierbei um folgendes: Während das Diphtherieheilmittel, dessen lebensretende Wirkung durch langjährige Erfahrung erprobt ist, eine Heilung durch Zuführung von Schutzstoffen bei schon bestehender Diphtherieerkrankung herbeizuführen imstande ist, soll das neue Mittel, über dessen theoretische Begründung Erzengel Wehring schon im vergangenen Jahre an der gleichen Stelle berichtete, durch Impfung einen Schutz gegen das Eintreten der Krankheit in ähnlicher Weise erzielen, wie es durch die Schutzpockenimpfung gegen die schwarzen Pocken zu einer Verhütung dieser Krankheit kommt. Das Mittel besteht aus einer Mischung von Diphtheriegift und Gegengift, welche dem Körper gleichzeitig Schutzstoffe zuführt und ihn selbst zur Bildung artetiger Schutzstoffe anregt. Das Mittel wurde im vergangenen Jahre an verschiedenen Orten in Universitätskliniken und anderen Anstalten unter genauer Kontrolle in ca. 2-3000 Fällen angewandt, nachdem es vorher auf seine Unschädlichkeit im Tierversuch erprobt war. Es konnte dabei die beste Art, das Mittel in den Organismus einzuführen, festgelegt werden und es ergab sich zunächst, daß schädliche Wirkungen auch beim Menschen niemals auftraten, dagegen konnte durch genauere Untersuchung des Blutes der behandelnden Menschen festgestellt werden, daß sie in ihrem Blutserum Schutzstoffe gegen Diphtherie in derartigen Mengen gebildet hatten, welche nach den besten Erfahrungen ausreichten, das Eintreten einer krankmachenden Infektion mit Diphtheriebazillen zu verhindern und daß diese Schutzstoffe solange im Blute bleiben wie die bisherige Beobachtungsdauer zeigt. Nach den bisherigen Erfahrungen glaubt Erzengel Wehring die Hoffnung aussprechen zu können, daß es mit dem neuen Diphtherieheilmittel gelingen wird, die Diphtherie zu einer ebenso seltenen Krankheit zu machen, wie es die schwarzen Pocken durch die Jenner'sche Pockenimpfung ge-

Abg. Kolb (Soz.):

Der Herr Abg. Nebmann hat vorhin gesagt, mein Kollege Wötter hätte sich in Widerspruch zu dem gesagt, was Abg. Dr. Frank ausführte. Dies trifft nicht zu. Das, was Kollege Wötter sagte, steht in keinerlei Widerspruch mit den Ausführungen Franks. Mein Freund Frank hat diese Fragen selbst angeknüpft und erklärt, daß das Verhalten der Regierung bei den Lehrerseminaren eine

flagrante Verletzung der Verfassung

sei. Die Ausführungen des Ministers über die Freireligiösen sind unklar. Die Freireligiösen haben mit Recht den Verdacht geschöpft, daß der Minister gegen sie schärfer vorgehe, als dies früher der Fall war. Früher ist man in dieser Hinsicht vorsichtiger gewesen. Dies geht aus verschiedenen Beispielen, die der Redner darlegt, hervor. Im Jahre 1900 erklärte der frühere Oberschulratsdirektor Anspenker, daß die Unterrichtsverwaltung den freireligiösen Unterricht fördern könne. Wir haben den Eindruck, daß das gegenwärtige Ministerium den freireligiösen Strömungen direkt hinderlich ist. Zwischen Religion und Geschichte ist ein großer Unterschied; dies sollte auch der Abg. Nebmann bedenken. Bei Geschichte spielen persönliche Auffassungen nicht die große Rolle wie bei der Religion. Dann wurde hervorgehoben, daß bei Zulassung der freireligiösen Lehrer dem Lande noch mehr tüchtige Kräfte entzogen werden. Dies ist nicht zutreffend. Außerdem sind sehr wohl Stellen für die freireligiösen Lehrer vorhanden. Ich mag mir die Dinge überlegen, wie ich will; ich komme zu der Auffassung, daß der Minister einen Boden betreten hat, den wir von unserem Standpunkt aus

mit Recht als reaktionär

bezeichnen müssen. Daß wir uns hier nicht auf falscher Fährte befinden, geht aus den Ausführungen des Kollegen Nebmann hervor. Wenn ein so vorsichtig abwägender Mann wie Herr Nebmann, der gewiß dem Herrn Minister nicht böse gesinnt ist, schon zu der Auffassung kommt, daß die gegenwärtige Verwaltungspraxis von der früheren abweicht, darum haben wir wohl das Recht, von einer reaktionären Verwaltungsspraxis zu sprechen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister Dr. Böhm: Ich habe bezüglich des Mädchens, das Abg. Wötter erwähnte, nachforschen lassen und es wurde meinen Äußerungen zufolge dem Mädchen eröffnet, daß es in der Volksschule keine Verwendung finden könne und beim höheren Lehrdienst eintreten solle. Die Regierung handelte also sehr richtig. Der vom Abg. Wenedy erwähnte Fall liegt so, daß der betr. freireligiöse junge Mann auf Anfrage mitteilte, daß er kurz vor seinem Eintritt ins Seminar zur evangelischen Kirche übergetreten sei. (Heiterkeit.) Ich veranlasse also die Leute nicht zur Heuchelei. Das Schulgesetz macht über den Religionsunterricht strikte Vorschriften. Wenn Sie das Gesetz nicht für genügend halten, so müssen Sie es ändern. Ich werde mich dem widersetzen. Die Examenbedingungen müssen erfüllt werden. Wenn jemand sich aus Gewissensnot von der Kirche abwendet, so haben wir ihn immer in Schuldienst beizubehalten. Das Verlangen des Stadtrates in Freiburg war ein novum. Ich erklärte dem Stadtrat, daß ich es nicht für zulässig halte, an christliche Lehrer die Anfrage zu stellen, ob sie freireligiösen Unterricht erteilen. Wenn der Abg. Kolb den ganzen Erlaß verlesen hätte, so hätte er zu einer anderen Beurteilung kommen müssen. Ich behandle die Freireligiösen genau so wie andere Sekten. Ich würde nicht, daß ein junger Deesbach auf dem Seminar ist. Meine Wahrhaftigkeit wurde vom Abg. Wenedy bezweifelt und zwar wegen meiner Stellung zu den geistlichen Lehrern. Dieser Vorwurf ist mir schlimmer als der der Reaktion. Ich betonte bei meinem Amtsantritt, daß ich auf dem Standpunkt der christlichen Schule stehe, aber ich will die Staatshoheit gegenüber der Kirche wahren. Was die Stellung zu den

Arbeitergesangsvereinen

betrifft, so kann ich es nicht dulden, daß Lehrer hier mitwirken, da ein Gewissenszwang entstehen und sonstige Mißbilligungen vorkommen. Mögen Sie sich nun (zur Linken) des halbes für einen Reaktionär halten oder nicht.

Abg. Wötter (Soz.):

Ich erklärte in meiner Rede nur, daß man der Kandidatin Strobach einen Hebers vorlege, wonach sie anerkennen müsse, daß sie keinen Anspruch auf Verwendung im Staatsdienst habe. Das zum Staatsexamen nicht zugelassen werde. Nach den attemmäßigen Darstellungen des Herrn Ministers trifft das nicht zu. Ich muß aber erklären, daß ich vorerst vor den Ausführungen des Herrn Ministers noch nicht kapituliere, sondern an den durchaus glaubwürdigen Informationen, die mir von einwandfreier Seite gemacht worden sind, vorerst festhalte. Sollte es nicht zutreffen, so bin ich selbstverständlich gern bereit, in dieser Hinsicht dem Herrn Minister entgegenzukommen. Aber vorerst muß ich an dem, was ich gesagt habe, durchaus festhalten.

Abg. Wenedy (Fortf.): Ich wollte dem Minister nicht Unwahrscheinlichkeit vorwerfen. Ich wollte nur sagen, daß der Kampf gegen die geistlichen Lehrer auf Außenstehende keinen besonderen Eindruck machte.

Die allgemeine Beratung wird geschlossen.

In der Einzelberatung äußert

Abg. Schäfer (Zentr.) Wünsche für die Heizung im Gymnasium in Tauberbischofsheim.

Abg. Gühring (Nat.) bespricht die Verhältnisse im Freiburger Lehrerseminar.

worden sind. Ein definitives Urteil jedoch läßt sich nach Behring's eigenen Worten erst in längerer Beobachtungszeit und nach ausgedehnten praktischen und statistischen Erfahrungen abgeben. Herr Gahn-Magdeburg hat in 140 Fällen mit dem Behring'schen „La“ geimpft und berichtet über die beste Methode der Impfung. Herr Menzer-Vodum weist auf die Wichtigkeit hin, bei statistischen Erhebungen das soziale Milieu zu berücksichtigen. Es folgten eine Anzahl Vorträge, die sich mit der Aufklärung und der Therapie von Infektionskrankheiten beschäftigten. Sieubel und Böhm-Dresden sowie Sternberg-Petersburg berichteten über Tierversuche, die für die Aufklärung der Immunitätsfrage von Bedeutung sind. Kämmmerer-München zeigte in sehr interessanten Versuchen, die sehr starke desinfizierende Kraft von einigen Blutfarbstoffderivaten, die hinter der von Sublimat kaum zurückbleibt. Mit der Wasserreinigung durch die Lunge beschäftigten sich Untersuchungen von Siebed-Heidelberg, die einige neue Ergebnisse brachten.

Damit hatte der Kongress sein Ende erreicht. Zum Schluß hob der Vorsitzende, Prof. v. Romberg in einer kurzen Ansprache hervor, wie wichtig im medizinischen Leben dieser einheitsliche, die gesamte innere Medizin zusammenfassende Kongress sei. Wohl sei der Strom so tief, daß er viele kleine Bäche nähren kann, nur die Quellen dürfe sich die innere Medizin nicht verächtlich lassen. Mit den Worten, lassen Sie uns die Einheitslichkeit der inneren Medizin nicht verloren gehen, beschloß er diese Ausführungen. Endlich zog er noch kurz die Bilanz des diesjährigen Kongresses. 700 Herren nahmen daran teil, die größte Zahl seit 1906. Das Programm wurde fast vollständig ausgeführt, außer den zahlreichen Vorträgen (85) sprachen 16 Diskussionsredner. Der emeritierte Professor Geheimrat Quincke dankte dem Vorstand im Namen des Kongresses für seine aufopfernde Vorarbeit. In diesem Jahre hat

Abg. Bitter (Nat.) freut sich über die eingestellten Mittel für die Turnlehrerbildungsanstalt und äußert diesbezügliche Wünsche.

Minister Dr. Böhm geht auf diese Wünsche ein. In Heidelberg werden akademische Turn- und Spieldarstellungen veranstaltet.

Abg. Dietrich (Nat.) äußert Wünsche für die Realschule in Rehl.

Abg. Dr. Blum (Nat.) bespricht die Frage der Fachlehrer an den höheren Schulen.

Abg. Massa (Fortf.) dankt für die Einsetzung einer Rate für das Gymnasium in Lahr.

Die Positionen werden genehmigt.

Eingegangen ist ein Antrag der Abg. Muser (Fortf.), Wittenmann (Zentr.) und Ged (Soz.), die Bauarbeiten beim Landgericht Offenburg sofort in Angriff zu nehmen.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abg. Rapp (Zentr.), Dietrich (Nat.), Sühnd (Soz.) beteiligten, wird beschlossen, morgen keine Plenarsitzung abzuhalten.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Beratung des Volkschulgesetzes.

Schluß der Sitzung: 12 1/2 Uhr.

Die Budgetkommission

Jehe in ihrer gestrigen Sitzung die Beratung über den Voranschlag der Verkehrsstrafen fort. Für Beseitigung der schienebenen Landstrassenübergänge beim Niederbühler Tor in Rastatt werden im Voranschlag des Eisenbahnbauaus als erste Leistungsleistung 50 000 M. angefordert. Während seitens der Regierung eine Strafenüberführung im Hinblick auf die Hochwasserfahrgefahr der Murg in Aussicht genommen ist, wünscht der Stadtrat von Rastatt aus ästhetischen Gründen unter strenger Verneinung der befürchteten Hochwasserfahrgefahr eine Strafenunterführung. Die Abstimmung über diese Position wird ausgesetzt. Es wird beschlossen, der Budgetkommission Gelegenheit zu geben, durch ein persönliches Inaugenscheinnehmen sich von der Sachlage zu überzeugen. Eine Anzahl Positionen des Eisenbahnbauvoranschlags werden ohne wesentliche Debatte genehmigt.

Die Kommission beschäftigt sich ferner mit dem Antrag Massa (Fortf.) und Gen., weitere 100 000 M. als Nachtragsgeld für den Gymnasiumsbaubau in Lahr in den Voranschlag 1914/15 einzustellen, jedenfalls aber mit den dringenden notwendigen Vorarbeiten noch dieses Jahr zu beginnen, damit mit dem Neubau im Frühjahr 1916 bezogen werden kann. Die außerordentliche Anforderung wird mit den unzulänglichen derzeitigen Schulverhältnissen begründet. Die Regierung glaubt jedoch aus finanziellen Gründen dem Wunsch der Antragsteller nicht näher zu treten, sie vertritt vielmehr den Standpunkt, daß auf Grund der Aufstellung des Budgets die Interessen der Stadt Lahr nicht zu kurz kommen. Der Antrag wird in seinen beiden Teilen angenommen.

Endlich nimmt die Kommission noch Stellung zu dem Antrag des Zentrums, die Fortbildung bei der Technischen Hochschule mit Rücksicht auf das geringfügige Bedürfnis aufzuheben. Der persönliche und sachliche Aufwand für die Fortbildung beträgt im laufenden Semester circa 48 000 M., so daß für einen Studierenden für die notwendigen vier Semester circa 12 000 M. aufgewendet werden müssen. Der finanzielle Effekt ist jedoch bei Aufhebung der Fortbildung im Hinblick auf die mit dieser Abteilung im Zusammenhang stehenden Umstände ein relativ geringer. Der Antrag wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen abgelehnt.

Die Kommission für Justiz und Verwaltung

genehmigte gestern zunächst den Bericht des Abg. Dr. Koch über die Anträge betreffend die Einführung der Proportionalwahl für die Landtagswahlen. Sodann wurde der Antrag der Abg. Muser und Gen. betr. die Erteilung des Religionsunterrichts an den Volksschulen behandelt. Der Antrag fordert zum § 40 des Schulgesetzes folgenden Zusatz: „Der Lehrer hat aber jederzeit das Recht, die Erteilung des Religionsunterrichts, weil seiner persönlichen Überzeugung widersprechend, abzulehnen. Eine solche Ablehnung ist ohne jeden Einfluß auf die Verwendung des Lehrenden in den weltlichen Fächern.“ Zur Begründung des Antrags wird geltend gemacht, daß der Religionsunterricht kein Obligatorium wie die übrigen Fächer sei. Für die weltlichen Fächer bestimmt der Staat, was gelehrt werden soll, für den Religionsunterricht bestimmt es die Kirche. Der Staat lehnt der Kirche für die Erteilung des Religionsunterrichts lediglich seine Unterstützung. Der jetzige Zustand führe zu schweren Gewissenskonflikten. Die Regierung, sowie das Zentrum und die Nationalliberalen lehnen den Antrag ab und die Sozialdemokraten und Fortschrittler erklären sich dafür.

Ferner wird der Antrag des Verbandes badischer Bau- und Maurermeister (dem sich auch der Vorstand der Grund- und Hausbesitzer angeschlossen hat) wegen Aufhebung des § 29 der Landesbauordnung, der das Vermieten der Manfardendwoh-

Der Geheimrat Pfeiffer-Wiesbaden, der langjährige Geschäftsführer des Kongresses, dem der Kongress großes Verdienst, sein Amt niedergelegt. An seine Stelle wurde Professor Weintraud-Wiesbaden gewählt.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Die Mai-Nummer des Wahren Jakob ist reich ausgestattet 16 Seiten stark erschienen. Sie bringt die Bilder Mai-Gezeiten, In lechter Stunde, Die Werbestadt der Partei, Ein Ständchen bei Traugott v. Nagow, Die Wahl in Borna-Begau, Zur Silberwährung, Der Miefel und die Aewge, Jungdeutsches Land über sich, Im Zeichen des Mutterchüßes, Rahnbaute in den Kolonien, sowie das Vortrad des in Borna-Begau neugewählten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Karl Höffel. Der textliche Teil der Nummer enthält die Vorträge Der erste Mai, Borna-Begau, Kennt du das Land?, von Borna-Begau an v. Krain-Schmiedberg, Maiprüche von G. R., Das Militärkabinett von Will, Lieber Jakob von Notthilf Raute, Romane von A. Winger, Maipredigt, Kampfsprüche von Jakob Weß, Faulenzer von L. P., Die nationale Arbeit, Ein selbstamer Streik von Engelbert Bernerstorfer, Siben und drüben von Ferdinand Madliger, Soldatisches, Seltene Stunde von Max Watzel, Auf dem Wassercomibus von R. A. usw. usw.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Dieß Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Postverteilern zu beziehen.

nungen betrifft, beraten. Der Berichterstatter empfiehlt die Petition zur empfehlenden Ueberweisung. Die Kommission stimmt dem Antrag des Berichterstatters zu.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. April.

Am Bundesratssitz befindet sich Ministerialdirektor Kirchner.

Präsident Kämpf eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 5 Min. mit Worten der Begrüßung nach der Osterpause und Wünschen zur erfolgreichen Arbeit. Er machte darauf mehrere geschäftliche Mitteilungen, insbesondere über die inzwischen balligenden Erjaßwahlen. — Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Zunächst stehen zur Debatte Petitionen, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung des Impfwesens.

Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung, die Konservativen dagegen: die Petitionen, die sich auf die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung des Impfwesens beziehen, soweit sie die Sicherstellung des Medizinstandes, Einführung der Gewissensklause, Entschädigung bei Impfschäden und Unterlassung der zwangsweisen Anwendung des Impfwesens betreffen, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, im übrigen zur Ermägung zu überweisen. Alle zu diesem Gesetvorliegenden Petitionen sollen durch die heutige Beschlußfassung für erledigt erklärt werden.

Abg. Bod (Soz.):

Der Widerstand, den das Impfwesens im Lande findet, ist erklärlich, da das Gesetz seinerzeit nur mit einer Mehrheit von zwei Stimmen angenommen wurde. Es hat sich herausgestellt, daß der durch Impfung gewährte Schutz nicht etwa auf Lebenszeit, sondern höchstens 10 Jahre Wirkung hat. Außerdem sind durch die Schutzimpfung zu Schäden gekommen. Tuberkulose und Sphäris sind in vielen Fällen durch die Impfung übertragen worden. Die Impfung wird für den größten Teil der medizinischen Wissenschaft erklärt, der nutzlos daneben großes Unheil anrichtet. Alle Gründe der Erfahrung sprechen nicht nur gegen den Impfwang, sondern gegen das Impfwesens. Wir verlangen vor allen Dingen die Gewissensklause, wie sie in England auch durchgeführt ist. Die Kommission, die über diese Frage eingesetzt werden soll, muß unbedingt paritätisch zusammengesetzt sein. (Beif. b. d. Soz.)

Abg. Dr. Meißner (Zentr.): Die Petitionen zu diesem Thema kommen aus allen Teilen des Reiches. Es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die Impfschäden nicht abgeleugnet werden können. Auch Ministerialrat Kirchner hat früher hier von der Kritik des Reichstags sogar vom „Verbrechertreiben“ der Impfwegener gesprochen. Gegen solche Ausführungen müssen wir entschiedenen Protest erheben (Sehr richtig im Zentrum.) Das ist kein kanakiermäßiger Kampf, das ist ein rauber, aber heftiger Ton. (Heiterkeit.) Die Impfwegener wünschen, daß der Impfwang beseitigt wird, daß eine paritätische Kommission eingesetzt wird, daß die Gewissensklause eingeführt wird und den Geschädigten eine Entschädigung gewährt wird. Die Vertreter wenden sich nicht aus Petitionslust an uns, sondern es sind meistens Eltern, denen ein gesundes Kind frant wurde, das gestorben ist. Wir schließen uns der Kommissionsforderung an, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, vor allem aber eine Kommission zur Klärung der Impfwegener einzusetzen. (Beifall im Zentr.)

Abg. Craner (Nat.): Wir halten es für nötig, daß die ganze Angelegenheit zunächst noch einer besonderen Prüfung in der Kommission unterzogen wird. Aus diesem Grunde bitten wir, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Fritzsche (fortsch. Volksp.): Die meisten Mitglieder meiner Partei erkennen die gute Wirkung des Impfwesens an. Von einer Kommission versprechen wir uns nicht besonders viel. Durch die Agitation dürfen wir uns nicht beirren lassen. (Beif.)

Ministerialdirektor Dr. Kirchner: Wir stehen heute noch genau so da, wie in der Impfwegener vor 24 Jahren. Ich habe seinerzeit hier pflichtgemäß gesprochen. Trotzdem bin ich in der empfindlichsten Weise verleumdet worden. Der Führer der Impfwegener telegraphierte sogar an den Kaiser, ich hätte gelogen. Ich habe nur gesagt, daß das Auftreten der Impfwegener „unverständlich und fast verbrecherisch“ sei. Dabei habe ich auseinandergesetzt, daß die Impfwegener durch Broschüren und Plakate die Gemüter heimmühen, als ob die Kinder zur Schlachtkam geföhrt würden. Die Ueberklärung wird von den Impfwegenern zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgereizt. Im Jahre 1913 sind Zwangsimpfungen nur in 8 oder 9 Fällen vorgekommen. Es bleibt uns ja schließlich nichts mehr anders übrig als zur Zwangsweisen Durchführung der Kinder zu greifen. Das ist der Erfolg der impfwegener Agitation! Wir wären zu jedem Entgegenkommen entschlossen, wenn irgend ein vernünftiger Grund dazu vorläge. Die Statistik zeigt, daß die Rodenkrankheiten im Reich immer weiter zurückgehen. — Der Redner demonstriert auf einer großen, auf der Bundesratsstraße aufgestellten Karte mit graphischen Darstellungen den Rückgang der Rodenkrankheiten und den Einfluß der Schutzimpfungen in Birkelberg und Breußen und fährt dann fort: „Entweder sind wir alle Dügner — oder unsere Behauptungen sind richtig. Und sie sind richtig!“ Unsere Statistik ist absolut einwandfrei. Die Agitation der Impfwegener beruhen auf Ueberlegungen. Die Ueberlegung einer Entschädigung für die Impfschäden ist ganz undenkbar. Eine Kommission wird nicht zum Ziel führen. Wir müssen unsere Volksgesundheit mit allen Mitteln schützen, namentlich auch im Hinblick auf einen künftigen Krieg. Ich könnte die Verantwortung nicht übernehmen, an dem jetzigen Zustand irgend etwas zu ändern.

Geheimrat Zimmer: Die Frage, ob eine Zwangsimpfung eintreten kann, unterliegt der richterlichen Entscheidung. Nach meiner Auffassung besteht das Recht dazu. Das Gesetz enthält keine Bestimmung, die die Bundesstaaten hindert, Zwang anzuwenden.

Abg. Götting (Nat.): An dem jetzigen Zustand, den man als einen guten bezeichnen kann, solle man nicht rütteln. Eine Kommission kann über die Frage keine Entscheidung treffen. Die Frage einer Entschädigung für Impfschäden ist noch nicht spruchreif. In allen Zweifelsfällen müssen wir uns auf die Wissenschaft verlassen. (Beif. b. d. Nat.)

Abg. Frey v. Scheele (Reife): Eine Verständigung ist solange nicht möglich, als mit Ausdrücken die „verbrecherisch“ laboriert wird. Auch die Impfwegener haben Autoritäten auf ihrer Seite. Zunächst müssen Ausführungsbestimmungen erlassen werden, wonach der Impfwang aufgehoben und die Gewissensklause eingeführt wird.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

Berlin, 28. April. Im Reichstage ist von den Sozialdemokraten eine kleine Anfrage eingegangen, ob es dem Reichskanzler bekannt ist, daß bei dem Straßburger Infanterieregiment Nr. 143 während einer fünfjährigen Winterübung bei Ralte und Regen so viele Erkrankungen vorliefen, daß die Lazarettgeheimlich überfüllt waren und daß zwei Soldaten der zweiten Kompanie durch die Ueberantritternauna zu Tode kamen

Arbeiter, Parteigenossen, rüstet zum 1. Mai!

Badische Politik.

Die reaktionäre Haltung des Ministers Dr. Böhm
 hat in der gestrigen Sitzung des badischen Landtags eine scharfe Zurückweisung gefunden. Von sozialdemokratischer Seite gingen die Genossen Böttger und Kolb mit dem sich als durchweg antiliberal zeigenden Minister scharf ins Gericht, indem sie dem derzeitigen Unterrichtsministerium das Vertrauen absprachen. Auch der fortschrittliche Redner, Abg. W e n e d e n, konstatierte, daß sich die Unterrichtsverwaltung nicht mit Unrecht in den Geruch der Reaktion gesetzt hat. In seinen sehr zähen Ausführungen vermochte der nationalliberale Abg. Rebmann nur festzustellen, daß der Minister etwas zu streng juristisch verfahren wäre. Die rechte Seite hüllte sich in Schweigen. Die rückständige Haltung des Ministers doch im Bereich ihrer Wünsche, die die Unduldsamkeit zur Grundlage haben.

Das badische Volk hat alle Ursache, die vorgelegte und gestrige Kammerverhandlung mit lebhaftem Interesse zu verfolgen. Legt sie doch Zeugnis dafür ab, wohin die badische Unterrichtsverwaltung unter der Herrschaft des Ministeriums gekommen ist. Wenn das Land Baden nicht dahin gelangen will, den Titel eines Hortes intoleranten Geistes zu erlangen, so muß das gesamte fortschrittlich denkende Volk Front machen gegen die mittelalterlichen Auffassungen, die unterhält im Unterrichtsministerium aufstauen. Sofort daher im badischen Bürgertum noch die geringsten Spuren seiner liberalen Traditionen vorhanden sind, muß es den Kampf gegen die kulturelle Reaktion freudig mitmachen. Die Sozialdemokratie wird es an nichts fehlen lassen. Dafür bietet die gestrige Kammerverhandlung den besten Beweis.

Die Wahlen der Versicherungsbeamten zu den Gewerkschaftsfunktionären zur Wahrung.

Nachdem die Wahlen zum Ausschuss und Vorstand in den verschiedenen Krankenkassen zum Abschluss gelangt sind, beschäftigen sich die badischen Gewerkschaften jetzt mit den Vorbereitungen der Wahlen der Versicherungsbeamten zu den Gewerkschaftsfunktionären. Es handelt sich hierbei um die Befreiung einer der bedeutendsten Versicherungsanstalten, der auf Grund der diesseitigen Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung eine Reihe für die Versicherten wichtige Aufgaben zuerkannt sind. Das Versicherungsamt ist Spruch- und Beschließbehörde in Kranken-, Unfall- und Invalidenangelegenheiten. Je nach der Persönlichkeit der Versicherungsbeamten wird es abhängen, ob die Behandlung der zur Beratung stehenden Fälle die Interessen der Arbeiterschaft genügend gewahrt werden. Die mit der Aufstellung der Wahlvorschläge betrauten Gewerkschaftsfunktionären — in der Regel die Gewerkschaftsleiter — haben deshalb bei der Auswahl der Kandidaten die notwendige Sorgfalt zu beachten, damit Männer mit Mächtigem, dem notwendigen sozialen Empfinden und gescheiter Sachkenntnis in diese wichtige Vertrauensstellung einrücken.

Den Versicherungsbeamten beim Versicherungsamt sind abgesehen von ihrer Beschäftigung Spruchpraxis aber auch noch andere für die Arbeiterschaft wichtige Aufgaben zuerkannt. So sind sie über die Krankenversicherung zu wählen. Die Wahlen der Beamten bei dem Oberversicherungsamt vorzunehmen, die dann wiederum die niedrigen Mitglieder beim Reichsversicherungsamt zu wählen haben. Den Versicherungsbeamten beim Versicherungsamt ist dann ferner das Recht eingeräumt, auch die Wahlen des Ausschusses bei der Landesversicherungsanstalt zu vollziehen, also zu einer Institution, die, namentlich soweit die Invaliden-, die Witwen- und Waisenerziehung in Frage kommt, von allergrößter Bedeutung ist.

Die Wahlen der Versicherungsbeamten bei dem Versicherungsamt werden ebenso wie die zum Ausschuss und Vorstand in den Krankenkassen, nach den Grundrissen der Verwaltungsreform vorgenommen. Die oberste Verwaltungsbehörde (Ministerium) hat hierzu eine Wahlordnung zu erlassen. Dieser gesetzlichen Verpflichtung ist das Gr. Ministerium des Innern, dem bekanntlich die Durchführung der Reichsversicherungsordnung untersteht, nachgekommen. Die einzelnen Wahlbestimmungen sind im Gesetzes- und Verordnungsblatt vom 20. Januar 1914 abgedruckt. Form und Inhalt der Wahlordnung lehnt sich eng an eine im Reichsamt des Innern ausgearbeitete Musterfassung an.

Mit Rücksicht aber auf die Tatsache, daß im Großherzogtum Baden nach Eintritt der Reichsreform sämtliche Wähler der Reichsversicherungsordnung, namentlich soweit die Träger der Krankenversicherung in Frage kommen, andere, und, wie lobend hervorzuheben werden soll, für die Versicherten günstiger Verhältnisse bestehend, als man bei Anwendung der ministeriellen Wahlordnung auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen, die in Einzelfällen sogar einer Rechtsbeschaffung der Versicherten gleichkommen. So ist beispielsweise nach § 7 der Wahlordnung bestimmt, daß die Vorschläge für die Wahlen zu tragen hat. Dieser gesetzlichen Vorschrift kann aber in zahlreichen Fällen nicht genügt werden, und zwar dann nicht, wenn es sich um die Vertreterwahlen eines Versicherungsamtes handelt, für dessen Wirkungsbereich nur eine Krankenversicherung besteht. Am Hindernis darauf, daß in Baden keine Landkrankenkassen existieren und einzelne Landbestteile des Großherzogtums industriell so gut wie gar nicht entwickelt sind, also auch die Möglichkeit von Betriebskrankenkassen fehlt, dürfte ein solcher Zustand mehr denn einmal eintreten. Bei solchen Versicherungsämtern ist wie gesagt, die Befreiung an der Wahl den Vertretern der Versicherten und zwar keiner Wahlgruppen — den freien Gewerkschaften und dem christlich-nationalen Ausschuss — unmöglich gemacht, weil beide Parteien nicht über die notwendige Zahl der Vertreter im Kassenvorstand verfügen, um die nötigen Unterschriften für den Wahlvorschlag aufbringen zu können. Nachdem die Wahlen zum Krankenausschuss nach dem Proporz vollzogen wurden, verfügt keine der beiden Parteien über die absolute Majorität der Arbeitervertreter. Seltener dürfte im oben bezeichneten Falle eine der beiden Parteien die Sitze im Kassenvorstand einnehmen, weshalb sehr oft auch beide Parteien wegen Nichterfüllung der Wahlvorschrift — nur Arbeitnehmervorstandsmitglieder dürfen den Wahlvorschlag unterschreiben — um ihr Wahlrecht kommen dürften. In solchen Fällen ist es die Versicherungsbehörde, welche die Versicherungsbeamten über die Köpfe der Arbeiter hinweg, einfach ernennen.

Diesem Mangel ist jetzt, auf Grund einer Rücksprache im Gr. Ministerium abgeholfen. In dankenswerter Weise hat das Gr. Ministerium, nachdem es sich von der Schwierigkeit in der oben bezeichneten Wahlordnung überzeugt, eine neue Verord-

nung erlassen. (Gesetzes- und Verordnungsblatt vom 26. cr.) Die neue Bestimmung ist wichtig genug, um hier besonders hervorzuheben zu werden:

Die auf Grund des § 46 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung und des § 15 Ziffer 2 der Verordnung vom 31. Dezember 1912, den Vollzug der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Versicherungsbehörden und der Unfallversicherung betreffend, erlassene Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsbeamten der Versicherungsämter vom 21. Januar 1914 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1914 Seite 8) wird mit sofortiger Wirkung geändert wie folgt:

1. Der Absatz 6 des § 7 erhält nachstehende Fassung:
 Die Vorschlagslisten müssen von mindestens einem Wahlberechtigten unterschrieben sein. Haben mehrere Wahlberechtigte unterschrieben, so ist ein für weitere Verhandlungen bevollmächtigter Vertreter aus der Mitte der Unterzeichner zu benennen. Der Vertreter soll am Sitz des Versicherungsamtes wohnen oder beschäftigt sein. Ist kein Vertreter benannt, oder hat nur ein Wahlberechtigter unterschrieben, so gilt der erste oder einzige Unterzeichner als Vertreter."

Auf Grund der neuen ministeriellen Verordnung genügt somit nunmehr eine Unterschrift unter den betreffenden Wahlvorschlag. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, daß sich die Minorität im Kassenvorstand an den Wahlen der Versicherungsbeamten beim Versicherungsamt beteiligen kann, um so ihren Einfluß zur Geltung zu bringen. Es wird Sade der gewerkschaftlichen Anstalten sein, die in den nächsten Wochen stattfindenden Wahlen das notwendige Interesse entgegenzubringen und hierbei die abgeänderte Wahlvorschrift zu beachten.

Aus der Partei.

Haasfeld. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Bürgerauschussfraktion seien darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, 30. April, abends halb 9 Uhr, im „Hirsch“ eine Sitzung stattfindet, deren Zweck die Vorbereitung zur Bürgerauschussfraktion ist. Ferner seien unsere Parteigenossen und Wähler darauf aufmerksam gemacht, daß die Sitzungen des Bürgerauschusses jeweils öffentlich sind. Jedermann hat Zutritt. Die nächste Sitzung findet am Samstag, 2. Mai, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Liedolsheim, 28. April. An die gesamte Arbeiterschaft von Liedolsheim und Umgebung wird der Appell gerichtet, sich am Freitag, 1. Mai, an der Waise der sozialdemokratischen Vereinigung in Liedolsheim vollständig beteiligen zu wollen. Die Feier beginnt um halb 9 Uhr und wird im Gasthaus zum „Möhen“ abgehalten. Genosse Leppert aus Ettlingen wird in erster Reihe über die Bedeutung des Festtags sprechen. Für den gemächlichen Teil sorgt das hiesige Arbeiter-Sportfest durch gefangene und turnerische Aufführungen. Die Programme, welche von heute an bei den Genossen von Liedolsheim sowie am Saaleingang für 10 Pf. zu haben sind, berechtigen zum Eintritt.

Durmersheim, 28. April. Ortspartei Durmersheim. Am Sonntag, 3. Mai, nachmittags 3 Uhr, begeben die vereinigten Arbeitervereine von Durmersheim ihre diesjährige Frühjahrsfeier im Gasthaus zum „Kreuz“. Das Programm umfaßt Musikvorträge, turnerische Aufführungen, Kom. Vorträge, Feste und abends Tanzunterhaltung. Als Festredner wurde Genosse Schwall aus Karlsruhe gewonnen. Es ergeht an die gesamte Arbeiterschaft von Durmersheim und Umgebung das Ersuchen, zahlreich mit ihren Frauen an der Feier teilzunehmen. Also auf am Sonntag zur Frühjahrsfeier!

Notensfeld, 27. April. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß hier am 1. Mai keine Veranstaltung stattfindet. Die Genossen werden aufgefordert, sich an der Waise in Gaggenau zu beteiligen. Die Feier findet am Freitag, 1. Mai, abends 8 Uhr, in der „Volk“ statt, bestehend aus Feste, Gesangsvorträgen, Theater und darauf folgenden Tanz. In Anbetracht des reichhaltigen Programms ist zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Oberkirch, 28. April. Am Samstag, 2. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet unsere Waise im Gasthaus zum „Bab. Hof“ statt. Die Feste wird gehalten von Gen. Durban-Offenburg. Außerdem enthält das Programm Vorträge des Straßburger Musikorchesters (Direktion Vorherr) und turnerische Aufführungen des Arbeiterturnvereins „Freiheit“. Hierzu sind alle freigeistigen Männer nebst ihren Frauen eingeladen.

h. Gengenbach, 28. April. Auch unser Nachbarort bezieht am Freitag, 1. Mai, den Festtag durch eine Feier abends 8 Uhr in der „Adonia“. Der Arbeiterverein „Freie Sänger“ wird durch seine Mitwirkung die Feier verschönern helfen. Genosse Fischer aus Karlsruhe wird über die Bedeutung des 1. Mai sprechen. Es ist Pflicht eines jeden politisch und gewerkschaftlich Organisierten, an dieser Waise mit feiner Familienangehörigen teilzunehmen. Im Anschluß an die Waise findet am Sonntag, 3. Mai, nachmittags, ein gemeinsamer Familienausflug statt. Näheres hierüber wird bei der Waise bekannt gegeben.

Aus dem Lande.

Durlach. — **Sozialdemokratischer Verein.** Wegen Neuordnung der Bibliothek werden diejenigen Genossen, die Bücher haben, gebeten, dieselben unbedingt am Donnerstag, 30. April, abends von 6-8 Uhr im „Schwanen“ abzugeben.

— **Der Frauenleseabend,** der heute, Mittwoch, abend im „Schwanen“ stattfindet, muß einen guten Besuch aufweisen. Die Genossinnen werden der Wichtigkeit der Tagesordnung halber gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

— **Die Ortskrankenkasse Durlach** hat ihre Bureauarbeiten nunmehr anders geregelt, um den Wünschen der Kassennmitglieder besonders aus Arbeiterkreisen entgegenzukommen. Sämtlich wird das Kassensbüro geöffnet sein von 8-12 1/2 Uhr und von 2-5 Uhr, an Samstagen von 8-11 Uhr.

— **Bürgerauschussung** vom 25. April. Die Sitzung war schon beschl., von 97 Mitgliedern waren 57 anwesend. Die Tagesordnung umfaßte 7 Vorlagen, die Beratung und Beschlußfassung dauerte circa 3 Stunden. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte zunächst der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Reichardt, eine Erklärung des Polizeiverwalters Albert mit, worin sich letzterer gegen eine gelegentlich der Voranfrageberatung gestellte Äußerung wendet, als ob er, Albert, sein Amt als stellvertretender Polizeikommissar zu Gunsten gegen die betreffenden Interessenten anwende, er tue lediglich seine Pflicht. — Die Vorlage 1 betrifft einen mit der Stadt Karlsruhe abzuschließenden Vertrag über die Verlegung der Stadt Durlach mit Elektrizität. Es ist eine Vertragsdauer vorgesehen bis zum 1. August 1928, von da an kann er gegenseitig mit zweijähriger Frist gekündigt werden. Kündigt die Stadt Karlsruhe, so ist sie, wenn Durlach die vorhandene Anlage (Ortsnetz

mit Hausanschlüssen, Transformatorstationen), nicht übernimmt, verpflichtet, die Anlagen zu entfernen. Kündigt Durlach, muß es die Anlagen zum von einer besonderen Sachverständigenkommission festzustellenden Sachwert im Zeitpunkt des Besitzwechsels übernehmen. Karlsruhe erhält das ausschließliche Recht, Durlach mit elektrischer Energie zu versorgen, doch darf Durlach seine Pflanzwerke gegebenenfalls selbst verwerten, ferner gestattet Durlach unbeschadet seines Gaslieferungsvertrages mit den Orten Aue und Grödingen, auch diesen Orten Elektrizität von Karlsruhe zu beziehen. Karlsruhe stellt das Ortsnetz her, besorgt die Anschlüsse und lastet die Anschlussgebühren. Die Strangpreise und Zählermieten müssen jenen in Karlsruhe entsprechen. Etwas bedenklich für uns war die Bestimmung des § 8, wonach Karlsruhe die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag, allerdings nur mit Zustimmung der Stadt Durlach, an einen Dritten übertragen kann, bedenklich angesichts der bekannten „oberbürgermeisterlichen Bestrebungen“. Die Debatte war verhältnismäßig kurz. Polizeikommissar Fritsch begrüßte zunächst den Vertrag als eine beachtenswerte Etappe der Weiterentwicklung der Stadt, um dann auf Einzelheiten der Vertragsbestimmungen einzugehen. Gen. Mengel spricht die Zustimmung unserer Fraktion zu der Vorlage aus, während Gen. Hochschild betr. des Verhältnisses mit der Firma Unterberg u. Selmie, die zugeht vom Bahnstrom zum Strom bezogen, im Hinblick auf den vorliegenden Vertrag anfragt. Gen. Föhrer verbeißt sich kurz über die eventuelle spätere Verwendung unserer Pflanzwerkekraft zu Elektrizitätswegen. Der Vertrag wurde einstimmig genehmigt mit einem Vorbehalt zu § 5 Abs. 1, der die Herstellung der Anschlüsse der Stadt Karlsruhe auf ihre Kosten betrifft und bestimmt, daß, soweit diese Anschlüsse 15 Meter übersteigen, der betr. Anschließler für die Mehrkosten mit 2 Mk. pro laufenden Meter aufkommen muß. Der Vorbehalt geht nur von der Auffassung aus, daß diese 15 Meter jeweils von der Straßengrenze der betr. Grundstücke an gemessen werden sollen. Dieser Vorbehalt ist nötig geworden, weil das Elektrizitätswerk Karlsruhe, entgegen seiner ursprünglichen Absicht, die Hochleitungen in den Nebenstraßen nicht längs der Straßen, sondern quer durch die Häuserblöcke verlegen will.

Vorlage 2 betrifft gleichfalls einen Vertrag mit dem Militäriskus über den Verkauf von Gelände an den genannten Fiskus mit rund 23 Ar 2 2/3 000, während der Fiskus 4 Ar 50 Cm. zu Straßenzwecken und zum gleichen Preis an die Stadt abtritt. Es handelt sich um die neue Trainlajerne. Ferner wird dem Fiskus für weiteres städtisches Gelände das Verkaufrecht mit dem gleichen Quadratmeterpreis bis 1919 zugestanden. Dagegen, sowie auch gegen die vorgeschlagene Behandlung des Fiskus hinsichtlich des Kanalbeitrags wendet sich namens unserer Fraktion die Genossen Steinhilber und Föhrer, die verlangen, daß der Militäriskus hinsichtlich der ortstatutarischen Auflagen genau so behandelt werden soll, wie alle anderen Haus- und Grundstücksbesitzer. Die Sprecher derürgerlichen Parteien stellen sich auf den Standpunkt, daß die Stadt bei den bedeutenden (?) Vorteilen einer Garnisonverlagerung Opfer bringen müsse. Mit 35 gegen 22 Stimmen wird der Vertrag genehmigt. Unsere Fraktion stimmt geschlossen dagegen. (Schluß folgt.)

Das Residenztheater im „Grünen Hof“ veranstaltet diese Woche am Mittwoch und Donnerstag kinematographische Vorstellungen, zu welchen auch die Jugend Zutritt hat. Das ausgearbeitete Programm wird musikalisch ergänzt durch den in frühesten Jugend erblühenden Tonkünstler Emil Schröder, der sich in den deutschen Kunstkreisen einen ehrenvollen Namen erworben hat. Näheres siehe im Anzeigenteil.

Baden-Baden. — **Ein Mühlensund.** Unklugheit der Umbauarbeiten, die gegenwärtig im hiesigen Rathaus vorgenommen werden, wurde ein interessanter Mühlensund gemacht. Es handelt sich um ovale, teilweise vergoldete Brongemüden, die aus der Zeit stammen, da das jetzige Rathaus noch ein Kloster war. Sie sind gut erhalten und zeigen Reliefs der Mutter Gottes, des Christuskindes und verschiedener Heiliger. Es scheint sich um Gebetmüden zu handeln, die Freunden und Wohlwählern des Klosters verliehen wurden.

Offenburg. — **Unfall.** Gestern nachmittags fiel das 2 Jahre alte Kind des Gärtners Strohmeyer in einen Kessel voll Wasser und ertrank. Wieder eine Mahnung, Kinder nicht unüberwacht zu lassen.

Wormsheim, 28. April. Das Bankgeschäft Grieb u. Fruchauf G. m. b. H. hat seine Forderung eingeleistet. Das 1 Million Mark betragende Geschäftskapital dürfte verloren sein, weiter ist aber kaum anzunehmen, daß der hiesige Platz Verluste erleidet. Noch für das vorige Jahr wies der Geschäftsbericht eine Bilanz auf, nach der 7 Proz. Dividende verteilt werden konnte. Wie sich der Status jetzt darstellt, ist noch nicht bekannt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 29. April.

Die Stadtverordnetenwahlen.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Wählerlisten für die Bürgerauschusswahlen im Rathaus, Zimmer Nr. 43 südlich Filigal, 2. Stock, zur Einsicht aufgelegt sind. Hier können auch Einsprüche bis einschließlich Samstag den 2. Mai ds. Js. vorgebracht werden.

Wer noch nicht durch eine Postkarte Kenntnis davon hat, daß er in die Wählerliste aufgenommen worden ist, wird dringend ersucht, sich zwecks nachträglicher Aufnahme auf dem Rathaus zu melden.

Wer keine Zeit hat, oder einen Arbeitsdienstverlust vermeiden will, kann sich auch an die Bezirksführer wenden und zwar für die Altstadt Genosse August Hebe, Degenfeldstraße Nr. 3, Südstadt: an das Parteisekretariat, Baumeisterstraße 50, S., Mittelstadt: Hermann Pang, Serrenstraße Nr. 60, S. 3. St., Weststadt: Richard Wülfner, Yorkstraße 20, 5. St., in Mühlburg an Karl Föhrer, Bachstr. 58, 4. St. und in den Vororten an die dortigen bekannten Parteivorstände.

Wer sich an die betreffenden Genossen wendet, muß dort seinen Umlagezettel für 1913 abgeben, damit diese Genossen damit auf dem Rathaus den Eintrag bewirken können.

Sichere jeder Wähler sein Wahlrecht!

Zur Maifeier.

Die am 1. Mai feiernden Gewerkschaftsossen treffen sich um 9 Uhr am „Tivoli“ zu einem vom Gewerkschafts-

Sitzung des Bürgerausschusses.

Neben den üblichen Straßenbauvorlagen standen noch zwei größere und wichtigere Vorlagen auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses, der

Einen Garten führten die bürgerlichen Vertreter wieder einmal auf. Die Nationalliberalen markierten die

Die Frage der Bebauung des Weiseräckergebietes gab unserer Fraktion willkommenen Anlaß, einmal die ganze städtische Wohnungspolitik aufzurollen. Gen. Hof als

Oberbürgermeister Siegrist eröffnet um 1/6 Uhr die Sitzung bei Anwesenheit von 87 Mitgliedern.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

1. Erweiterung der Stadtpark-Einfriedigung. Es werden 12500 M. angefordert. Die zur Einfriedigung des Stadtparks an der Neuen Bahnhofstraße errichtete

2. Die Herstellung der Mathystraße zwischen Ritterstraße und Karlstraße.

Die Straße soll ortspflanmäßig hergestellt und mit Kanalisation, Gas-, Wasser- und Kabelleitung versehen werden, außerdem die Straßenbahn von der Weierheimer Allee durch

Bgmstr. Dr. Paul begründet die Vorlage, die ebenfalls einstimmig angenommen wird.

3. Umbau der Festhalle und Erweiterung des Stadtparks.

Die Festhalle einschließlich der Nebenräume und der Stadtparkwirtschaft soll insd. umgebaut und mit den erforderlichen

Der Stadtpark selbst wird durch Einbeziehung des Geländes nördlich der Bahnhofstraße und östlich des Weier-

O. A. Siegrist begründet die Vorlage. — Stadtp. Obmann empfiehlt deren Annahme namens des Stadtp. Vorstandes.

Stadtp. W. Frey erklärt die Zustimmung der nationalliberalen Fraktion unter der Bedingung, daß der Betrag für die

Stadtp. W. Frey erklärt die Zustimmung der nationalliberalen Fraktion unter der Bedingung, daß der Betrag für die Orgel gestrichen werde. — Stadtp. Obmann Frey weist darauf

Stadtp. W. Frey erklärt die Zustimmung der nationalliberalen Fraktion unter der Bedingung, daß der Betrag für die Orgel gestrichen werde. — Stadtp. Obmann Frey weist darauf

der übrigen Parteien. Die Auszahlung ergibt die Höhe des Antrags mit 46 gegen 41 Stimmen. — Die Vorlage wird dann angenommen.

(Schluß folgt.)

* Darglenden. Tödlicher Unfall. Gestern abend 8 Uhr scheuten in der Halzstraße bei Grünwinkel die vor einen Langholz-

* Der bunte Tanzabend, der heute abend in der Festhalle stattfindet, wird für das Karlsruher Publikum insofern Neues bringen, als ein

Letzte Nachrichten.

Wieder ein Spionagefall.

Strasbourg, 28. April. Am Sonnabend Nachmittag wurde in Metz der Leiter des Gutes Motigny, La Grange, unter

Der Schauffeurfreier in Berlin.

Berlin, 28. April. Die Zahl der streikenden Schauffeure beträgt jetzt wieder über tausend. Die Einigungs-

Freitag des 1. Mai.

Paris, 29. April. Blättermeldungen zufolge haben die Minister beschlossen, den Angehörigen und Arbeitern der Staatsbetriebe

Sozialisten gegen Freimaurer.

Rom, 28. April. Der sozialistische Kongress von Ancona verbot den Parteimitglieder die Zugehörigkeit zur Freimaurerei.

Vereinsanzeiger.

Maifeier Durlach 1914. Donnerstag abend 9 Uhr in der Festhalle Gesamtprobe der beiden Arbeitervereine. Alles hat zu erscheinen.

Voranzeige!

Freitag den 1. Mai

Rester-Verkaufstag

mit 20% Rabatt.

W. Boländer

Kaiserstraße 121.

**KNABEN
WASCHANZÜGE**



in hervorragend

schöner und grosser Auswahl

sind sämtliche

Neuheiten

in

Herren- u. Knaben-

**Wasch-
Kleidung**

eingetroffen.

Verkauf

zu besonders

niederen Preisen

Spiegel & Wels

Spezial-Abteilung

für Knaben- und Jünglings-Bekleidung

Kaiserstrasse 74.

1889

Wilh. Wolf jr.

1914

Engros-Tuchabteilung, Kaiserstr. 82a, Eingang Lamstr.

Serie I
25 Mark
Einheitspreis

Neu aufgenommen:
zwei erstklassige Gottbuser Fabrikate
solide tragfähige Qualitäten, nur neue Dessins,
per Anzug 3.25 Meter

Serie I
25 Mk.

Serie II
20 Mk.

Serie II
20 Mark
Einheitspreis

netto Kasse. 128

Sozialdemokr. Partei Karlsruhe.

Freitag, den 1. Mai 1914, abends 8¹/₂ Uhr,
in den Sälen des „Apollo“ und „Kühler Krug“.

Mai-Feier

Das Programm besteht aus

Gesang, turnerischen Aufführungen und Festrede

gehalten von den Genossen

Dr. L. Kullmann („Apollo“), und Stadtrat **Wilh. Kolb** („Kühler Krug“).

Nach Schluss des Programms **TANZ.**

Hierzu laden wir Freunde und Gönner ein, mit dem Ersuchen, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand: Fr. Sigmund.

Programme für Herren à 20 Pfg., für Damen à 10 Pfg. sind zu haben: Im Fahrradhaus „Frisch auf“, Adlerstrasse 8; in den Restaurationen Eiche, Augartenstrasse; Schaufelberger, Winterstrasse; Auerhahn, Schützenstrasse; Schrumppel, Durlacherstrasse; Gewerkschaftszentrale, Kaiserstrasse; Palme, Lessingstrasse; Neuer Saalbau, Bachstrasse; Goldener Hirsch, Hardtstrasse, Mühlburg; in den Zigarrengeschäften J. Brehm, Schützenstrasse 37; Fr. Töpfer, Rippurrerstrasse und Morgenstrasse, Ecke Rankestrasse; Expedition des Volksfreund, Luisenstrasse 24, sowie abends an den Kassen.

Städtische Festhalle Karlsruhe.

Großer Saal.

Mittwoch, den 29. April, abends 8¹/₂ Uhr.

Bunter Tanz-Abend

ausgeführt vom Balletensemble des Mainzer Stadttheaters, unter Leitung der Balletmeisterin, Frau Helene Baxmann, und unter Mitwirkung des Tanz-Duettts Roma und Carla Salus, Orchester: die Kapelle des Bad. Leibgrenadier-Regiments, Leitung: Herr Musikmeister Walter Bernhagen.

Programm:

- 1.)* Orchester: Kavaler-Marsch aus der Operette „Polenblut“ O. Nedbal
 - 2.)* Orchester: Slavische Volksmelodie mit Variationen aus dem Ballet „Coppelia“ Delibes
 3. a) „Adagio“ Lassen
 - b) „Hochzeitsständchen“ Klöse
 - c) „Frühlingsstimmen“ Strauss (Mainzer Balletensemble)
 4. a) „Fantasie-Tanz“ (Carla Salus)
 - b) „Schmetterling-Tanz“ (Roma Salus)
 - 5.)* Orchester: Walzer a. d. Ballet „Dornröschen“ Tschaiakowsky
 6. „Die beiden kleinen Finken“ Kling
 - Solotanz: Faun u. Nympe (Mainzer Ballet)
 7. „Cowboy-Tanz“ (Roma und Carla Salus)
 - 8.)* Orchester: Stundenwalzer a. d. Ballet „Coppelia“ Delibes
 9. Ballet-Suite Popy
 - I. Largo. II. Piccicati. III. Valse lente. (Mainzer Balletensemble).
- Pause.
- 10.)* Orchester: „Es wird weiter getanzt“, Potpourri Morena
 11. „Two-step“ (Roma und Carla Salus)
 12. „Variationen“, Solotanz: Miss Flora (Mainzer Ballet)

13. „Tango“ (Roma und Carla Salus)
14. „Pierrot-Tanz“ (Mainzer Balletensemble)
- 15.)* Orchester: Toréador et Andalouse a. d. Suite „Bal costume“ Rubinstein
16. Der neueste Tanz! „La Furlana“ (Roma und Carla Salus)
17. Im Walzerrausch (Mainz. Balletensemble) Lincke
- 18.)* Orchester: Schlussmarsch.

Die mit * bezeichneten Nummern werden vom Orchester allein gespielt.
Änderungen vorbehalten.
Nach den Aufführungen: **Tanz-Unterhaltung** im grossen Saale. Musik: Die Leibgrenadierkapelle.

Während des ganzen Abends Wirtschaftsbetrieb (Bierauschank).
Eintrittspreis: Abonnenten des Stadtgartens, Kartenheft-Inhaber und sonstige Personen 1 Mark. — Kinder haben keinen Zutritt.

Kartenvorverkauf vom Mittwoch, den 22. d. Mts. an bei den Hofmusikalienhandlungen Fr. Doert, Kaiser-Strasse 159, Telephon 638, und Hugo Knutz, Inhaber Kurt Neufeldt, Kaiser-Strasse 114, Telephon 1850; den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Kaiser-Passage 2, Telephon 1988, und Franz Tafel, Kaiser-Strasse 82a, Telephon 1647, bei Geschwister Moos, Internationaler Postkartenverlag, Kaiser-Strasse 96, Teleph. 994, im Kiosk des Verkehrsvereins, beim Hotel Germania und an der Schalterkasse des Stadt-Gartens.

Am Aufführungsabend (von 7¹/₂ Uhr an) Kassen in den beiden Anbauten auf der West- und Ostseite der Festhalle.
Eingang zum Saal und zur oberen Galerie durch die Anbauten
Programm für die Aufführungen zu 10 Pfg. an den Saaleingängen.
— Schluss des Abends 1 Uhr.
Strassenbahnverbindung nach u. von der Festhalle bis 1 Uhr nachts

2 Betten für jeden Beruf
2 neue polierte engl. Bettstellen, 2 Hüfte, 2 Schoner, 2 Brett. Matrassen, 2 Polster, werden für 140 Mk. abgegeben.

Arbeiterkleidung
führt in erprobten Ortschaften das

22 Waldstraße 22
Möbelhaus.

Kaufhaus Zopf
Zell a. H.

Modell!

Junges, schlankes Mädchen auf längere Zeit gesucht. Zu erfragen von 9-1 Uhr Bismarckstraße 14, Atelier 3. 649

Kaiserstraße 145

Eingang Rammstraße, ist im III. Obergesch. eine Wohnung von 7 Zimmern und Zubehör auf sofort oder später zu vermieten. Näheres beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrichstraße 8, Zimmer 169. 455

Kaiser Friedrich

gegenüber d. alten Bahnhof Mittag- und Abendessen im Abonnement. Gute Küche zu jeder Tageszeit. 7653



- Gutes Frauen-Mus
ca. 10 Pfd. Emaille-Eimer Mt. 2.—
ca. 10 Pfd. Emaille-Rochtopf Mt. 2.30
ca. 10 Pfd. Emaille-Rochtopf Mt. 2.30
ca. 10 Pfd. Emaille-Bratpfanne Mt. 2.30
ca. 25 Pfd. Emaille-Eimer Mt. 4.85
ca. 25 Pfd. Emaille-Wanne Mt. 5.80
ca. 34 Pfd. Emaille-Schüssel Mt. 6.75
Gute Rumpfkönig
ca. 10 Pfd. Emaille-Eimer Mt. 2.60
ca. 10 Pfd. Emaille-Rochtopf Mt. 2.80
ca. 10 Pfd. Emaille-Rochtopf Mt. 2.90
R. Dreifelder-Kompott
br. ca. 10 Pfd. Emaille-Eimer Mt. 3.75
Natur-Steinbein, garant. rein
br. ca. 10 Pfd. Emaille-Eimer Mt. 6.35
Delikat. Darsale, fertig u. fertig
Riste mit 100 Stück Mt. 2.35
Kaff. Cardinen
ca. 8 Pfd. Pflöchen Mt. 1.60
Verlangt geg. Nachnahme ab Magdeburg
Garantie für gute Lieferung
P. A. Fride, Magdeburg

Arbeitsvergebung.

Für den Um- und Erweiterungsbau der Festhalle sollen, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bürgerausschuß, die Eisenbetonarbeiten im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden. Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrich Straße Nr. 8, Zimmer Nr. 170, abgeholt bzw. eingesehen werden. Dasselbst sind auch die Angebote bis Donnerstag, den 7. Mai 1914, nachmittags 4 Uhr, dem Schluß der Ausschreibung, abzugeben. 587
Karlsruhe, den 25. April 1914.
Städt. Hochbauamt.

Wilh. Eckert,

Uhrmacher, Marienstr. 20, neb. dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in Taschenu. Wanduhren. Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 fac. gestempelt, das Paar b. Mt. 12-27. Brillen u. Swivel. Anarbeiten von Ketten u. Postermöbeln werden am besten und billigsten bejorgt im Postler-Geschäft H. Köhler, Schützenstr. 25. 3707

Schützenstr. 48, 2. St. rechts,

ist eine schöne 3 Zimmerwohnung mit Dachlammer und Keller auf 1. Mai oder Juni zu vermieten, anzusehen v. 5-7 Uhr. Näheres im 2. Stock rechts.

30 Pfd. gepulvtes Rohhaar à 1 Mt., faub. kompl. Zeit 25 Mt., sol. Chiffonnier 25 Mt., Pfeilerkommode 15 Mt., Küchenschrank 10 Mt., 2 gleiche engl. Betten, der neu, sehr billig. 621
Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.

Gerwigstr. 58, 3. St. E. L. ist ein freundl. einf. möbl. Zimmer zu vermieten.

Lassen Sie sich die d. Pfg. nicht gereuen und verlangen Sie meine Preisliste über Neuheiten von Kinder- und Klappwagen
A. Jörg, Karlsruhe i. B., Amalienstr. 59, 583

Allgemeine Ortskrankenkasse Durlach.

Die Kasse ist für die Folge geöffnet: von vormittags 8 bis mittags halb 1 Uhr und von nachmittags 2 bis 5 Uhr. Samstag nur von 8 bis 1 Uhr.

Zu verkaufen: Schönes vollst. Bett 40 Mt., Wajstommode, fast neu, 16 Mt., Sofa 10 Mt., Kommode mit 4 Schubladen 12 Mt., Ausziehtisch 15 Mt., zweiflügeliger, polierter Schrank 20 Mt. 652
Uhlandstraße 12, part.
Druckfachen fertig an Buchdruckerei Volkstreum. 653

Aufruf! Arbeiter! Bürger!

Es ist hohe Zeit, habt Ihr daran gedacht, daß Ihr dem bedeutungsvollsten Tag des Jahres entgegengeht, habt Ihr daran gedacht, Euren Sonntags-Anzug, Euer Schuhwerk einer Prüfung zu unterziehen, ob die Sachen würdig sind, an solchen Tagen getragen zu werden.

Der erste Mai

steht vor der Türe und ist es die höchste Zeit, daß Ihr Euch das Fehlende sofort ersetzt. Ihr habt kein bares Geld nötig, Ihr könnt Euren sowie den Bedarf Eurer Familie in sämtlichen Bekleidungsstücken etc. bei mir auf Kredit zu den denkbar günstigsten An- und Abzahlungsbedingungen decken.

Ein

Beweis meiner Leistungsfähigkeit und meiner Kulanz bietet Euch nächstehendes Angebot. Von heute an bis einschl. 5. Mai offeriere:

1 Anzug 20.—, Anz. 3, Wochenr. 1.— modern und chic	1 Damenkostüm 20-30, Anz. 5, Wochenr. 1.— elegant und apart
1 " 25-30, " 5.—, " 1.—	1 " 30-40, " 6.—, " 1.50
1 " 30-40, " 6.—, " 1.50	1 " 40-50, " 8.—, " 2.—
1 " 40-50, " 8.—, " 1.50	1 " 50-60, " 10.—, " 2.—

Die Gelegenheit ist also ganz besonders günstig, und kann sich jedermann zum bevorstehenden

Welt-Feiertag

ein neues Feiertags-Gewand, ohne deswegen große Ausgaben zu haben, zulegen.

Viele 1000 Arbeiter

machten bisher von dem ihnen angebotenen Kredit Gebrauch und waren in der Lage, sich bei der dem Verdienst entsprechenden kleinen Ratenzahlung ein angenehmes Heim zu gründen und die Seinen immer anständig zu kleiden, ohne besondere fühlbare Ausgaben zu haben. Es unterliegt also keinem Zweifel, daß das Kreditystem auch seinen Teil daran beigetragen hat, das Los manches Arbeiters zu erleichtern und geordnete Verhältnisse zu bieten und lediglich deshalb sei für die Zukunft Euer Lösungswort „Wir“

kaufen auf Kredit

und nur bei

J. Attmann Nachf.

Inh. Gustav Friedrichs

Karlsruhe, Karl Friedrichstraße 24 (Rondellplatz).

Kinderklappstuhl zu verkaufen. Wilhelmstr. 36, E. L. I.

Mandoline, gut erb., mit Klappen, Stufen, bill. zu verk. Viktoriastr. 9, 4. Et. Bdh.

Klappwagen und 1 Karrenhahn, gut erb., für 12 Mt. bill. zu verk. Eichenstr. 158 V.

Kinderwagen, gut erb., für 12 Mt. zu verk. Wielandstr. 24, III. L.

Ruckjäckchen

für Kinder u. Erwachsene Ruckjäckchen Sport-Taschen Samaschen Hosenträger bekannt solid und billig. Kofferhaus Geschw. Kämme Kronenstraße 51.



Rissen, Schwaben Kissen aller Art löst sich ZIRPIUN. Kein Bekleidungsstück, die Tiere tödlich zur Schuppe ein: Erdöl gerantler, Streulose, 60, Klopäckel, 4.50. In hohem Maße wirksam u. hygienisch.

„Augen-Muskel-Nerven-Stärker“

Enz.-Brantwein Nr. 8336 à 1.00

Mühlburg.

Richard Horn Damen- und Herren-Friseur-Geschäft: Beste und preiswürd. Bedienung. Inverfertigung aller Haararbeiten. Rheiustraße 30. Fortwährend werden bei F. Waldbogel, Duellacherstraße 55, guterhalt. Herren- u. Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Wehzeug usw. zu Ausnahmepreisen verkauft. 7699

Verkaufe

fortwährend gut erhalten. Herren- und Frauenkleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherwerkst. 3070 Frau Streckfuß Durlacherstraße 79.

Möbel, Herren-Konfektion, Manufakturwaren und Wäsche

liefert reelles Geschäft auf Teilzahlung. Off. unter Nr. 341 an d. Exped.

Korsetts! Korsetts!

Neue moderne in reicher Auswahl, gute Qualität, hoch u. niedrig, bis Breite 90 cm u. 2 Mt. an. Angerühmte Korsetts, weit unt. Pr. Damen-Lüster-Mantel 6 Mt., Prinzesskleid, dunkelblau, 2 Mt., 8 Mt., Blüschdewan 25 Mt., Kinder-Federlissen 1.50 Mt., gelbe Fensterstores, Blüschlössen m. Stahl 1 Mt. Adlerstr. 17, 1 Et. Mein Laden, daher billige Preise.

H.-Fahrrad

m. Freilauf, ganz neu, gesundheitshalber zu verkaufen. Durmersheimerstr. 31, 2. Et. Platen's Naturheilkunde, 4 Bände, billig zu verk. Anz. zufragen von abends 5 Uhr ab Veffingstraße 15, 3. Et.

Werkstr. 3.

nahe bei Zuder ist in freier sonniger Lage ein gut möbl. Zimmer sofort zu vermieten.

2 Fahrräder

gut erb., billig zu verkaufen. Grünwinkel, Durmersheimerstraße 7, 3. Et.

Günstige

Man sich Fertiger der Zinsen und besten Wirtschaftlichkeit in welchem, Bekanntheit, abgenannte Geld wird festgestellt. Also bedingungen die in der eig. Schlimmerer A. anderes geme. das Gegenteil Hilfe von den Wie reimt sich selbigen? keine Arbeit denn der an erlegen? D. gut tun, sich denn nach dem tern anstimmt. Ich, daß d. burger Meist. höchsten Leber. es ja geradezu unterstützung im. Leihhaus darüber, daß. Einen solch hoch wirklich sein liege. 2. Sesseln bis j. der trampst. noch nicht gel. wofend zu n. Orten ganze fünf ist ein e. auf den Nam. der Orte aber. zurückzureifen. Stiefeln schü. kommen.

Wir wollen seit insgesam Man n a d g Belt hinein, anders in Ar. geschicklichkeit mehr werden noch Gesellen die. Weiperst. Welt nim. schreiben, da. Bedingungen wenn die Me. macht werden verlangt. also diese Ange. wenn diese d. gegen. Daß beweisen and. nicht den Wei. werden kann. für Weidbear. wunden und darüber sollte ohne die 56. noch ein pa. unvohre Bei.

Diwans

Große Auswahl in neuen Blüschdiwans von 35 u. 40 Mt. an, hochf. mod. Dessins u. 55 Mt. an. (Keine Garantware). Polstermöbelhaus Köhler, Schützenstraße 25. 145

Richard Horn

Damen- und Herren-Friseur-Geschäft: Beste und preiswürd. Bedienung. Inverfertigung aller Haararbeiten. Rheiustraße 30. Fortwährend werden bei F. Waldbogel, Duellacherstraße 55, guterhalt. Herren- u. Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Wehzeug usw. zu Ausnahmepreisen verkauft. 7699

Verkaufe

fortwährend gut erhalten. Herren- und Frauenkleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherwerkst. 3070 Frau Streckfuß Durlacherstraße 79.

Möbel, Herren-Konfektion, Manufakturwaren und Wäsche

liefert reelles Geschäft auf Teilzahlung. Off. unter Nr. 341 an d. Exped.

Korsetts! Korsetts!

Neue moderne in reicher Auswahl, gute Qualität, hoch u. niedrig, bis Breite 90 cm u. 2 Mt. an. Angerühmte Korsetts, weit unt. Pr. Damen-Lüster-Mantel 6 Mt., Prinzesskleid, dunkelblau, 2 Mt., 8 Mt., Blüschdewan 25 Mt., Kinder-Federlissen 1.50 Mt., gelbe Fensterstores, Blüschlössen m. Stahl 1 Mt. Adlerstr. 17, 1 Et. Mein Laden, daher billige Preise.

H.-Fahrrad

m. Freilauf, ganz neu, gesundheitshalber zu verkaufen. Durmersheimerstr. 31, 2. Et. Platen's Naturheilkunde, 4 Bände, billig zu verk. Anz. zufragen von abends 5 Uhr ab Veffingstraße 15, 3. Et.

Werkstr. 3.

nahe bei Zuder ist in freier sonniger Lage ein gut möbl. Zimmer sofort zu vermieten.